
Deutsches Historisches Institut Warschau

Bulletin

2005

Nr. 12

Inhaltsverzeichnis

VORWORT	58
CHRONIK	
Personalialia	61
Bibliothek	61
Stipendiatinnen und Stipendiaten	63
Stipendiatinnen und Stipendiaten der Robert-Bosch-Stiftung, der Warschauer Universität und des DHI	65
Veröffentlichungen	
Quellen und Studien	67
Klio w Niemczech	67
Klio in Polen	67
Einzelveröffentlichungen	67
Buchveröffentlichungen der Mitarbeiter des DHI	68
Konferenzen	
Das Verhältnis der Ukraine zu Polen und Belarus. Historische Determinanten und Problemfelder nach der EU- Osterweiterung	69
Oral History und die Chronik-Reportage <i>Europa nach Auschwitz</i>	72
Polen unter deutscher und sowjetischer Besatzung 1939–1945	74
Ausstellungen	
'Größte Härte...' – Verbrechen der Wehrmacht in Polen September–Oktober 1939	77

Öffentliche Vorträge, Kolloquien und Podiumsdiskussionen	77
Kolloquien	81
Bericht zu den Bucerus-Gesprächen	84
Medienspiegel zur Arbeit des DHI Warschau	88
FORSCHUNGSPROJEKTE	
Projekte der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	91
<i>Martin Kohlrausch</i>	
Die Doppelte Avantgarde. Urbanistische Innovation und internationale Vernetzung. Polen im europäischen Kontext (ca. 1916–1948)	92
<i>Stefan Wiederkehr</i>	
Die Einführung von Geschlechtertests bei internationalen Sportwettkämpfen aus dem Geiste des Kalten Krieges	94
Institutsprojekt	
<i>Dr. Jochen Böhler</i>	
Auftakt zum Vernichtungskrieg. Die Wehrmacht in Polen 1939	97
Drittmittelprojekte	
Die Aufzeichnungen des Martin Gruneweg	99
Sowjetische Besatzungszone/Deutsche Demokratische Republik – Republik Polen/Volksrepublik Polen 1945/1949–1990	99
GESCHICHTSWISSENSCHAFT IN POLEN: FORSCHUNGEN UND INSTITUTIONEN	
<i>Bernadetta Gronek (Warschau)</i>	
Der Archivbestand des Instituts des Nationalen Gedenkens	101
Adressen der Archive	109

VORWORT

Unter den Ereignissen des Berichtszeitraums, der diesmal eineinhalb Jahre umfasst, ragt ein Novum in der Geschichte des Instituts heraus, die Eröffnung der Ausstellung zu Verbrechen der Wehrmacht in Polen im September und im Oktober 1939. In diesen beiden Monaten trug die Wehrmacht auch die politische Verantwortung für das, was in Polen geschah, ehe das besetzte Land ab dem 26. Oktober deutscher Zivilverwaltung unterstellt wurde. Es ist die erste Ausstellung dieser Tragweite, die das DHI Warschau organisiert hat, gemeinsam mit dem Institut des Nationalen Gedenkens (IPN). Am Anfang stand das Ende 2000 vom DHI initiierte Forschungsprojekt zur Rolle der Wehrmacht im so genannten „Septemberfeldzug“ 1939. Der Projektbearbeiter Jochen Böhler reichte seine Arbeit „Auftakt zum Vernichtungskrieg. Die Wehrmacht in Polen 1939“ Ende 2004 an der Universität Köln als Dissertation ein (Betreuer: Prof. Jost Dülffer) und verteidigte sie im Dezember 2004 mit vorzüglichem Ergebnis. Noch 2005 soll sie in der der Zeit des Nationalsozialismus gewidmeten „Schwarzen Reihe“ des Fischer-Verlags Frankfurt veröffentlicht werden und wird damit einem breiten Publikum zugänglich sein.

Jochen Böhlers Arbeit bildet die wissenschaftliche Grundlage für die Ausstellung, die gemeinsam mit dem IPN am 1. September 2004, zum 65. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs, im Warschauer Königsschloss eröffnet wurde, und dies in Anwesenheit von rund 250 Vertretern der Regierung, von Sejm und Senat, des diplomatischen Korps sowie von Repräsentanten von Wissenschaft und Kultur. Die Eröffnungsansprachen hielten u.a. der polnische Außenminister Włodzimierz Cimoszewicz, der Warschauer Stadtpräsident Lech Kaczyński und der frühere Außenminister Władysław Bartoszewski. Die Ausstellung wird seither als Wanderausstellung in verschiedenen Städten Polens gezeigt. Eine inhaltlich weitgehend identische, von der Präsentation her aber deutlich veränderte deutsche Fassung der Ausstellung wird seit Anfang April 2005 (Eröffnung in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin) in verschiedenen deutschen Städten gezeigt. Das Projekt wurde begonnen, um Forschungslücken zu schließen. Angesichts der geschichtspolitischen Diskussion der letzten Zeit, in der in der polnischen Wahrnehmung die Deutschen zunehmend neue eigene Opfergruppen entdecken und sich selbst immer mehr als Opfer des Zweiten Weltkriegs sehen, gewinnt es als Kontrapunkt zu dieser Tendenz fast politische Bedeutung. Zur deutschen Fassung der Ausstellung wurde ein 145 Seiten starker Katalog erstellt.

Abgeschlossen wurde das von der ZEIT-Stiftung geförderte Drittmittelprojekt, die kriegsbedingt getrennt lagernden Bestände des ehemaligen Landeskonservators Ostpreußen auf einer CD-ROM virtuell zusammenzuführen. Das Vorhaben beruht auf einer Zusammenarbeit zwischen dem DHI, dem Institut für Kunstforschung der Polnischen Akademie der Wissenschaften (IS PAN), dem Staatsarchiv Allenstein sowie dem Regionalmuseum für Ermland und Masuren Allenstein mit wertvoller Beratung zum technisch-operativen Know how durch das Herder-Institut Marburg. Der Bearbeiter Jan Przytkowski (IS PAN) hat eine Suchmaschine entwickelt, die es erlaubt, die rund 9000 Einzelbilder nach verschiedenen Kategorien zu erschließen. Die erste Ausgabe der CD-ROM enthält eine deutsch- und eine polnischsprachige Version. Die Endfassung soll auch eine russische und eine litauische Version enthalten und so möglichst umfassend das gemeinsame Erbe einer multikulturell geprägten Region erschließen.

Ein Nebenprodukt dieses Projekts war die von zwei Mitarbeitern des IS PAN initiierte Ausstellung „Menschen in Ostpreußen Ende des 19. Jahrhunderts“, die durch Vergrößerungen von Aufnahmen, die eigentlich Gebäude darstellen sollten, Bilder von Personen unterschiedlicher Sozialmilieus präsentiert. Diese Ausstellung wird nun auch in Deutschland gezeigt. An der Vorbereitung des dazu gehörenden Katalogs „Fotograf przyjechał! Der Fotograf ist da!“ war auch Dr. Andreas Kossert vom DHI beteiligt, unser früherer Mitarbeiter Dr. Robert Traba schrieb einen Beitrag zu diesem Band.

Eine Neuerung im Programm des DHI war die von der ZEIT-Stiftung geförderte, zwischen Mai 2004 und April 2005 durchgeführte sechsteilige Vortragsreihe „Deutsche und polnische Blicke auf die Geschichte“, in der unter Moderation jeweils ein deutscher und ein polnischer Historiker bzw. Historikerin über unterschiedliche Themen diskutierten, etwa darüber, wie „Nationalismus“ in der jeweiligen Historiographie gesehen wird oder was „Erinnerungskultur“ im jeweiligen nationalen Kontext bedeutet (ausführliche Darstellung im Beitrag von Dr. Katrin Steffen in diesem Bulletin, die zusammen mit Dr. Claudia Kraft dieses Programm entworfen hat). Da diese nach den Stiftern der ZEIT-Stiftung so genannten „Bucerius-Gespräche“ auf eine sehr positive Resonanz gestoßen sind, einen wachsenden Kreis vor allem jüngerer Interessenten angesprochen und sich zu einem interessanten deutsch-polnischen Gesprächsforum entwickelt haben, sollen sie im kommenden akademischen Jahr fortgesetzt werden.

Nachdem wir im Berichtszeitraum durch das normale Auslaufen von Verträgen nach fünf Jahren sowie durch die Berufung von Dr. Claudia Kraft zunächst zur Oberassistentin an der Universität Bochum und danach zur Inhaberin der Stiftungsprofessur für Ostmitteleuropäische Geschichte an

der Universität Erfurt mehrere Stellen neu zu besetzen hatten, sind seit dem 1. Juli 2005 alle Stellen Wiss. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wieder besetzt.

Einen schönen Abschluss des Berichtszeitraums bildete die Verleihung des deutsch-polnischen Preises 2004 durch die beiden Außenminister Prof. Adam Daniel Rotfeld und Joschka Fischer an Prof. Anna Wolff-Powęska und das von ihr geleitete Team des West-Instituts Posen für ihre Tätigkeit 1990–2004 und an den Direktor des DHI und an das von ihm geleitete Team für die Tätigkeit 1998–2004. Die Urkunden wurden am 27. Juni 2005 im polnischen Außenministerium in Warschau überreicht.

Warschau, im August 2005

Klaus Ziemer

CHRONIK

Personalia

Zum 31. März 2004 endete das Beschäftigungsverhältnis mit Frau Dr. Claudia Kraft und Herrn Dr. Bogdan Musiał, zum 31. Mai 2005 mit Herrn PD Dr. Jerzy Kochanowski und zum 20. Januar 2005 mit Frau Barbara Jambor. Vom 1. September 2004 bis zum 31. Dezember 2005 wurde Frau PD Dr. Almut Bues an das Deutsche Historische Institut Rom delegiert.

Vom 1. Oktober 2004 an wurde Herr Dr. Stefan Wiederkehr als wissenschaftlicher Bibliothekar angestellt. Als neue wissenschaftliche Mitarbeiter sind tätig: seit dem 15. Dezember 2004 Herr Dr. Jacek Andrzej Młynarczyk, seit dem 1. April 2005 Herr Dr. Martin Kohlrausch und seit dem 1. Juli 2005 Herr Dr. Igor Kałolewski.

Seit dem 1. Januar 2004 wird Frau Monika Karamuz im Empfangsbereich beschäftigt. Seit dem 1. Februar ist Frau Marta Kazimierska als Vertretung von Frau Grażyna Ślepowrońska, die am 14. März 2004 ihren Mutterschaftsurlaub angetreten hat, im Sekretariat angestellt.

Bibliothek

Am 1. Oktober 2004 wurde die Stelle des wissenschaftlichen Leiters der Bibliothek des DHI Warschau wiederbesetzt. Wie bereits länger bekannt ist, sind die Kapazitäten des bisherigen Magazins spätestens Ende 2006 erschöpft. Die Schaffung zusätzlicher Stellflächen für die Bibliothek bildet daher die dringlichste Aufgabe der nahen Zukunft.

Die Bestände umfassen derzeit (Mai 2005) circa 61 400 bibliothekarische Einheiten. Darin enthalten sind über 340 laufende Zeitschriften, 25 Mikroforme-Ausgaben, 137 DVD/CD-Roms, die im Institutsnetz oder seltener als Einzelplatzanwendung zur Verfügung stehen, sowie elektronische Publikationen auf fremden Servern, die über einen Hyperlink direkt aus dem Katalog aufgerufen werden können (3 bibliographische und Volltextdatenbanken; 9 e-Books; soweit verfügbar, Angabe der URL in bibliographischen Aufnahmen von Zeitschriften).

Ein Schwerpunkt der letztjährigen Anschaffungen lag bei den NON-Books. Dem Ausbau des entsprechenden Angebotes sind aber dadurch enge Grenzen gesetzt, dass das elektronische Publizieren in der Geschichtswissenschaft nach wie vor wenig verbreitet ist. Die meisten für das Fach

wesentlichen Veröffentlichungen erscheinen noch immer ausschließlich in gedruckter Form. Darüber hinaus wurden Lücken bei den englischsprachigen Referenzwerken geschlossen.

Zu den wichtigsten Verbesserungen des Katalogs gehört die Möglichkeit, Treffermengen per E-Mail versenden zu können. Die aktuellen Katalogdaten werden weiterhin in regelmäßigen Abständen an den Verbundkatalog Östliches Europa (www.herne.de/voe) übermittelt, der Ende 2004 rund 400 000 Titel von 15 Bibliotheken aus dem Bereich der Ostmitteleuropaforschung zusammenführte.

Die Zahl der auswärtigen Benutzer erreichte im Jahre 2004 einen neuen Höchststand; im ersten Drittel des Jahres 2005 ist sie im Vergleich zum Vorjahr erneut gestiegen. Die Bibliothek des DHI Warschau ist in den ersten zehn Jahren ihres Bestehens zu einem unersetzbaren Stützpfeiler der geschichtswissenschaftlichen Forschung in Polen geworden. Daher wurden am 9. Mai 2005 erstmals in der Geschichte der Bibliothek die Öffnungszeiten verlängert.

Stefan Wiederkehr

Stipendiatinnen und Stipendiaten

Günther ERBE (Berlin), Die Frau als Egeria. Die politische Karriere der Herzogin Dorothea von Sagan (Januar – August 2005)

Hanna S. HAYDUK (Tübingen), Politische und bürgerliche Ideale in Krakau um 1500. Die Miniaturen des Balthasar Behem-Kodex (September 2004 – Februar 2005)

Heidi HEIN (Marburg), Kommunale Verwaltung und nationale Bewegungen in einer Vielvölkerstadt. Lemberg im 19. Jahrhundert (Februar 2004, Februar – März 2005)

Jehuda S. JAKUBOWSKI-JESHAY (Frankfurt/Oder), Memory, Victimhood Competition and the Continuity of Frameworks: The Debate about Jedwabne as a Mirror of Contemporary Polish Society (Oktober 2004 – Mai 2005)

Hanna KOZINSKA-WITT (Dresden), *Und Warschau bleibt am Horizont...* Krakau in der polnischen Städtelandschaft 1900–1939 (Februar – März 2004)

Hartmut KÜHN (Berlin), Enzyklopädie zur politischen Geschichte Polens im 20. Jahrhundert (Februar/März, Oktober/November 2004)

Anna LIPPHARDT (Berlin), Vilne, yidishlekh fartrakht... Kulturelle Erinnerung, Trauma, Migration. Die Vilne Diaspora in New York, Israel und Vilnius nach dem Holocaust (Januar – August 2005)

Andreas MIX (Berlin), Das Konzentrationslager Warschau (September – November 2004)

Anna-Sophia PAPPALAI (Dresden), Alltagserfahrungen im Wiederaufbau – Dresden und Warschau im Vergleich (1945–1955) (März, September 2004)

Ruth SEEHABER (Weimar), Die „polnische“ Schule – Konstruktion oder Tradition (April 2005)

Arkadiusz STEMPIN (Freiburg im Breisgau), Deutsche Besatzungspolitik in (Russisch-) Polen im Ersten Weltkrieg. Bildungs-, Kirchen- und Kulturpolitik (November 2004 – Juni 2005)

Joachim STEPHAN (Berlin/Posen), Preußische Siedlung und Landesausbau im Ermland (Juni – Juli 2004, Juni – Juli 2005)

Alexa STILLER (Hannover), Volkstumspolitik der SS 1939–1945 (Oktober – Dezember 2004)

Andreas STRIPPEL (Hamburg), Die Einwandererzentralstelle der SS und die Ukraine-Deutschen während des Zweiten Weltkriegs (August 2004)

Catharina WINZER (Bonn), Zeitgenössische polnische Kunst und die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus (November 2004)

Gerhard WOLF (Berlin), Rassistische Ideologie und Herrschaftsrationalität. Germanisierungspolitik in den annektierten westpolnischen Gebieten anhand der Tätigkeit der Einwandererzentralstelle, Umwandererzentralstelle und der Deutschen Volksliste (März – Juli, September 2004, Juni – Juli 2005)

Stipendiatinnen und Stipendiaten der Robert-Bosch-Stiftung, der Warschauer Universität und des Deutschen Historischen Instituts Warschau

Oksana CHARCZENKO (Universität Brest), Sowjetische Religionspolitik in den westlichen Gebieten der Weißrussischen Sowjetrepublik zwischen September 1939 und Juni 1941 (September 2004)

Ihor CZARNOWOL (Universität Lemberg), Polnisch-ukrainische Konflikte und Zusammenarbeit in polnischen und ukrainischen Schulbüchern und der Populärliteratur in den Jahren 1868–2002 (Juli 2004)

Sofiya DYAK (Universität Lemberg), Lichtspielhäuser zwischen Propaganda und Unterhaltung: ein Vergleich von Warschauer und Kiewer Verhältnissen nach dem Zweiten Weltkrieg (September 2004)

Natalia POLIAK (Universität Minsk), Religiöse Fragen in Weißrussland innerhalb der europäischen Beziehungen 1686–1772 (Oktober 2004)

Olga POPKO (Universität Brest), Die Gründung des Berliner Zweigs der Familie Radziwiłł (Februar 2004)

Ina SORKINA (Universität Grodno), Die weißrussische Kleinstadt zwischen Nationen, Kulturen und Religionen (Ende des 18. – 1. Hälfte des 19. Jh.) (März/April 2004)

Alaksiej SZALANDA (Landwirtschaftliche Hochschule/FB Sozialwissenschaften Grodno), Deutschstämmiger Adel und seine Wappen im Kreis Grodno (Großfürstentum Litauen) von der Mitte des 16. bis zum Ende des 18. Jahrhunderts (August 2004)

Jan SZUMSKI (Universität Grodno), Die polnische Politik gegenüber den Polen im Osten in den Jahren 1944–1989 unter besonderer Berücksichtigung der Lage der Polen in Weißrussland (Januar/Februar 2004)

Halina WAŚKO (Grodno), Polnisch-weißrussische Beziehungen im Kommissariat Ostland (Weißrussland) 1941–1944 (Februar 2005)

Andrej ZAMOJSKI (Universität Gomel), Nationale Minderheiten im sowjetischen Weißrussland während der Zwangskollektivierung 1929–1932 (Oktober/November 2004)

Valeriy ZEMA (Akademie der Wissenschaften, Kiew), „Judaisierende“, Juden, Orthodoxe. Historische Mythen, konfessionelle Stereotype (Januar/Februar 2004)

Roman ZILINKO (Universität Lemberg/Lublin), Ukrainische Kirchenmalerei in der 2. Hälfte des 17. Jahrhunderts: Norm oder Offenheit? Zur Frage der Entstehung zusätzlicher Reihen in den westukrainischen Ikonostasen (November 2004)

Veröffentlichungen

Quellen und Studien

Marc LÖWENER (Hg.), Die „Blüte“ der Staaten des östlichen Europa im 14. Jahrhundert, Wiesbaden: Harrassowitz 2004 (Deutsches Historisches Institut Warschau. Quellen und Studien 14).

Waldemar KÖNIGHAUS, Die Zisterzienserabtei Leubus in Schlesien von ihrer Gründung bis zum Ende des 15. Jahrhunderts, Wiesbaden: Harrassowitz 2004 (Deutsches Historisches Institut Warschau. Quellen und Studien 15).

Almut BUES (Hg.), Zones of Fracture in Modern Europe: Baltic Countries – Balkans – Northern Italy / Zone di frattura in epoca moderna: Il Baltico, i Balcani e l'Italia settentrionale, Wiesbaden: Harrassowitz 2005 (Deutsches Historisches Institut Warschau. Quellen und Studien 16).

Klio w Niemczech

Detlev J. K. PEUKERT, Republika Weimarska. Lata kryzysu klasycznego modernizmu [Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne], Warszawa: Wiedza Powszechna 2004 (Klio w Niemczech 11).

Klio in Polen

Jerzy KOCHANOWSKI, In polnischer Gefangenschaft. Deutsche Kriegsgefangene in Polen 1945–1950 [W polskiej niewoli. Niemieccy jeńcy wojenni 1945–1950], Osnabrück: fibre Verlag 2004 (Klio in Polen 8).

Einzelveröffentlichungen

Bogdan MUSIAL (Hg.), „Aktion Reinhardt“. Der Völkermord an den Juden im Generalgouvernement 1941–1944, Osnabrück: fibre Verlag 2004 (Einzelveröffentlichungen des DHI Warschau 10).

Buchveröffentlichungen der Mitarbeiter des DHI

„Größte Härte...“ Verbrechen der Wehrmacht in Polen, September–Oktober 1939 (Ausstellungskatalog). Hrsg. vom Deutschen Historischen Institut Warschau. Redaktion: Jochen Böhrer, Osnabrück 2005.

Martin Kohlrausch, Der Monarch im Skandal. Die Logik der Massenmedien und die Transformation der wilhelminischen Monarchie, Berlin: Akademie Verlag 2005 (Elitenwandel in der Moderne 7).

Andreas Kossert, Ostpreußen. Geschichte und Mythos, München: Siedler Verlag 2005.

Katrin Steffen, Jüdische Polonität. Ethnizität und Nation im Spiegel der polnischsprachigen jüdischen Presse 1918–1939, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2004.

Wojewodschaft Stettin. Einleitung, Bearbeitung und Auswahl der Dokumente, in: „Unsere Heimat ist uns ein fremdes Land geworden...“. Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945–1950. Dokumente aus polnischen Archiven, hg. von Włodzimierz Borodziej und Hans Lemberg, Bd. 4/III, Marburg 2004, S. 267–615.

**Das Verhältnis der Ukraine zu Polen und Belarus. Historische Determinanten und Problemfelder nach der EU-Osterweiterung
Lemberg, 17.–19. Juni 2004**

Vom 17. bis 19. Juni fand in Lemberg unter der Leitung von *Klaus Ziemer (Warschau)* die diesjährige Fachtagung der DGO-Fachgruppe Politikwissenschaft in Kooperation mit dem Deutschen Historischen Institut Warschau statt. Bewusst war im Gefolge der EU-Osterweiterung Lemberg als Tagungsort gewählt worden, das sich nun auf der ‚anderen Seite‘ der neuen EU-Ostgrenze wieder findet.

Der deutsche Botschafter in Kiew, *Dietmar Stüdemann*, bemerkte zur Einführung, dass die Vergangenheit, die sich in der beeindruckenden Architektur der alten Lemberger Bürgerhäuser widerspiegelte, nicht mehr unbedingt prägend für die Haltung der heutigen Stadtbevölkerung sei. Das wichtigste Ereignis in der Ukraine seien die anstehenden Präsidentschaftswahlen, die jedoch weniger „schicksalhaft“ als oft angenommen seien, da die Zukunft des Landes stärker durch wirtschaftliche als durch politische Akteure bestimmt sei. Es stelle sich ferner die Frage, ob die ukrainischen Erwartungen an Polen nach dessen EU-Beitritt „realistischer“ geworden seien. Der Ukraine könne als Brücke zwischen Belarus und der EU eine neue Rolle zuwachsen, die das Regime in Minsk aus der internationalen Isolation herausführen könne. Im Hinblick auf Russland gab der Botschafter abschließend zu bedenken, dass die Ukraine auch eine Funktion im Verhältnis zwischen Moskau und Brüssel einnehmen könne.

Zum Thema der polnisch-ukrainischen Beziehungen 1918–1989 wies *Bogumiła Berdychowska (Warschau)* darauf hin, dass die Ukrainer als einziges großes Volk in Ostmittel- und Osteuropa nach 1918 keinen eigenen Staat gründen konnten. Die polnisch-ukrainischen Auseinandersetzungen bis 1939 und insbesondere die Ereignisse während und im Gefolge des Zweiten Weltkrieges in den Jahren 1943 bis 1947 (Kampfhandlungen und Vertreibung der Polen aus Wolhynien, Galizien und Podolien, „Aktion Weichsel“ in Südostpolen) hätten gezeigt, dass eine friedliche Koexistenz nicht möglich gewesen sei. Da es bis 1989 keinerlei polnisch-ukrainischen Dialog über die Vergangenheit gegeben habe, sei es bemerkenswert und vor allem ein Verdienst der polnischen und ukrainischen Emigration, dass die Beziehungen 40 Jahre nach Kriegsende nicht mehr vergiftet gewesen seien. *Sebastian Gerhardt (Berlin)* wies in seinem Beitrag zu den polnisch-

ukrainisch-belarussischen Beziehungen seit 1989 darauf hin, dass – unter diesen Staaten – die Kontakte zwischen der Ukraine und Polen seit den 1990er Jahren die intensivsten gewesen seien. Den guten Beziehungen auf höchster Ebene stünden jedoch Kernprobleme in mehreren Politikfeldern entgegen: Das beiderseitig verübte Unrecht habe sich in den Köpfen hartnäckiger festgesetzt, als man dachte, der Wirtschaftsaustausch sei aufgrund der geringen Komplementarität der Volkswirtschaften nur schwach und Minderheitenfragen seien in den 1990er Jahren auf eine neue Grundlage gestellt worden, ohne aber zur vollständigen Zufriedenheit gelöst worden zu sein. Zuversichtlich stimme jedoch, dass Polen erfolgreich ein modifiziertes Visumregime für Ukrainer auch nach dem EU-Beitritt durchsetzen konnte.

Im Anschluss daran stellte Klaus Ziemer die Frage, ob die Kirche in den polnisch-ukrainischen Beziehungen eine ähnlich vermittelnde Rolle übernehme wie im deutsch-polnischen Kontext seit den sechziger Jahren. *Olej Turij (Lemberg)* stellte die aktuelle Kirchenspaltung in der Ukraine in zumindest fünf Richtungen vor (Kiewer und Moskauer Patriarchat, autokephal, griechisch-katholisch, römisch-katholisch). Die Konfliktlinien verliefen jedoch nicht zwischen „orthodox“ und „katholisch“, sondern hauptsächlich zwischen den orthodoxen Glaubensgemeinschaften. 60% der Ukrainer seien nach Umfragen „gläubig“, wobei jedoch der Anteil der Anhänger der Freikirchen zunehme.

Der zweite Tag der Konferenz führte zunächst auf den Lemberger Lyčakiv-Friedhof, wo das seit Jahren zwischen Polen und der Ukraine umstrittene Denkmal für die jugendlichen polnischen Verteidiger (Orlęta) Lembergs von 1918 zum Zeitpunkt der Tagung noch nicht fertig gestellt war. Das Gespräch mit dem Friedhofsdirektor ergab insbesondere, dass seit 1989 viel zum Wiederaufbau der Gedenkstätte getan wurde, aber die historiographischen Sichtweisen auf Details noch immer stark differierten. Beide Seiten können sich trotz Einschaltung selbst der Staatspräsidenten nicht auf eine Version für die Inschrift auf dem genannten Denkmal einigen. Es folgte nachmittags ein Gespräch mit dem Chefredakteur der (überwiegend aus Mitteln der Böll-Stiftung und westlicher Botschaften finanzierten) Zeitschrift „Ji“, *Taras Voznjak*. Er betonte die Souveränität der Ukraine, äußerte sich kritisch zur Rolle der EU und Rußlands gegenüber seinem Land und warnte, dass Russland das Projekt eines Imperiums unter Zuhilfenahme der Abhängigkeit vieler GUS-Republiken von russischen Energielieferungen noch nicht begraben habe. Die Ukraine sei heute in erster Linie ein Spielball dritter Mächte. Beim abendlichen Gespräch mit dem Vize-Gouverneur der Oblast' Lemberg, *Volodymyr Geryč*, charakterisierte dieser die neuen Visa-Regeln der EU für Ukrainer als Belastung und hob die Rolle seines

Landes bei der Bekämpfung illegaler Migration in die EU hervor. Das polnische Generalkonsulat in Lemberg stelle täglich 1 000 Visa aus, wobei nach der Einführung von Visa die Zahl der Grenzübertritte um 40% zurückgegangen sei. Bereits 150 000 bis 180 000 Ukrainer lebten legal oder illegal in Westeuropa, vor allem in Polen, Portugal, Italien, Spanien und Deutschland. Er zeigte sich ferner hoffnungsvoll zu den deutschen Anlageinvestitionen in der Ukraine; diese hätten bereits heute 2 000 Arbeitsplätze allein in der ‚Oblast‘ Lemberg geschaffen.

Den dritten Tag der Konferenz leitete *Alfred Spröde (Münster)* mit einem Referat zu historischen Phasen von Fremdbildern und gemeinsamer Gedächtnispolitik in Polen und der Ukraine ein: Nachdem die Inkorporierung des ruthenischen Adels in die Rzeczpospolita in der polnischen Geschichtsschreibung zunächst positiv gesehen wurde, sei im 16. und 17. Jahrhundert insbesondere das Bild des Ukrainers als „gestikulierender Dorf-Demagoge“ sowie als „bellender Hund, der aus dem Hof der Rzeczpospolita vertrieben werden müsse“, kolportiert worden. Die Gründung der orthodoxen Kiewer Mohilev-Akademie 1631 habe dem erste Gegenbilder entgegengesetzt. Mit der Inkorporierung des östlichen Teils der Ukraine in das Russische Reich sei durch die Aufstiegs-Assimilation der ukrainischen Eliten das Bild eines „sprachlosen Ukrainers“ entstanden, der auf dem Land zurückbleibt. Die Mythologisierung der Hajdamaken in der polnischen und ukrainischen Geschichtsschreibung als Räuber oder Freiheitskämpfer schuf weitere unterschiedliche Wahrnehmungen. Im 19. Jahrhundert verstärkten die romantischen Werke von Ševčenko (Hajdamaky, 1842) einerseits sowie Juliusz Słowacki („Traum der silbernen Salomé“) und Henryk Sienkiewicz (Trilogie) andererseits diese Strömungen. Auf Versöhnung angelegte Bilder (etwa die Vernyhora-Legende) spielten dagegen eine weit geringere Rolle. Die Kresy-Literatur der Zwischenkriegszeit und die Nachkriegswerke konservierten im Wesentlichen nur den bestehenden Zustand. Ein „Gegenmythos“ könnte heutzutage jedoch etwa auf den Lemberg-Bildern von Jurij Andruchovyč sowie der polnischen „Kultura“ und der ukrainischen „Krytyka“ aufbauen. Die deutsch-polnische Literatur der letzten 30 Jahre (Günter Grass, Paweł Huelle für Danzig, Horst Bienek für Schlesien) könne hier ein Vorbild für die polnisch-ukrainische Literatur sein.

Peter Hilkes (Berlin) sprach in seinem Vortrag zum heutigen ukrainischen Bildungssystem von einer „neuen Unübersichtlichkeit“. Neben neuen Strukturen existieren eine sowjetische Lehr- und Lernkultur und ebensolche Lehrplaninhalte. Jedoch seien die Schulen überall von einer starken Förderung der ukrainischen Sprache, Kultur und Geschichte geprägt, die Hochschulen hätten Studiengebühren in Höhe von 400,- bis 900,- € (je nach Fach) pro Semester eingeführt. Die Diaspora habe einen nur geringen

Einfluss auf das Bildungssystem. Abschließend folgte eine Podiumsdiskussion zwischen *Hans-Jürgen Heimsoeth* (Auswärtiges Amt), *Piotr Świtalski* (polnisches Außenministerium) und *Valerij Ivaško* (ukrainisches Außenministerium). Alle drei Seiten äußerten deutlich, dass der Ukraine eine herausgehobene Rolle in der Region zukomme. Heimsoeth machte darauf aufmerksam, dass die Ukraine zuletzt zu große Erwartungen an die EU hatte. Das Verhältnis zwischen Kiew und Brüssel bleibe „auf Zeit teilintegriert“. Świtalski gab zu bedenken, dass Osteuropa nicht mehr durch das Prisma „Moskau“ gesehen werden dürfe. Russland sei keinesfalls der natürliche Partner für Moldawien, die Ukraine und Belarus. Die einzige Chance für diese Staaten sei vielmehr die Integration in euroatlantische Strukturen. Warschau werde in Brüssel verstärkt für eine NATO-Beitrittsperspektive für die Ukraine sowie für ein verbessertes Konzept der „Neuen Nachbarschaft“ der EU werben. Kiew müsse jedoch zeigen, dass es zu NATO und EU gehören wolle. Ivaško betonte, dass die Ukraine nicht vom euroatlantischen Kurs abweiche. Die Ukraine sei einerseits zur Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen mit Moskau „verurteilt“, sehe andererseits die polnisch-ukrainische „strategische Partnerschaft“ als wichtigstes Resultat des neuen Europa.

Klaus Ziemer schloss die Tagung mit der Bemerkung, dass viele Fragen offen bleiben würden. Dass Geschichte eine Ressource für eine gemeinsame Zukunft sein könne, sei jedoch an der Stadt Lemberg exemplarisch deutlich geworden.

Sebastian Gerhardt

Oral History und die Chronik-Reportage *Europa nach Auschwitz* Warschau, 26. Januar 2005

Am 26. Januar 2005, am Vortage der Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau, fand im Deutschen Historischen Institut in Warschau eine wissenschaftliche Konferenz unter dem Titel: „Oral History und die Chronik-Reportage *Europa nach Auschwitz*“ statt. Mitveranstalter der Konferenz war die Experimentierabteilung für Reportage des Instituts für Journalistik der Warschauer Universität, in der seit fünf Jahren an dem Projekt „Chronik-Reportage *Europa nach Auschwitz*“ gearbeitet wird. Die Chronik soll sich auf Ausführungen und Aussagen von unmittelbaren Zeugen und Teilnehmern der Geschehnisse stützen, die mit den Aussagen von SS-Leuten konfrontiert werden (weitere Informationen über das Projekt finden Sie auf der website

www.reporter.edu.pl). Die Konferenz war der Diskussion und Reflexion über die in der Chronik angewandte Methode, die Möglichkeiten und Beschränkungen von Oral History sowie der Wissensvermittlung über den Holocaust gewidmet.

Während des ersten Teils der Konferenz wurde das Projekt „Chronik-Reportage *Europa nach Auschwitz*“ vorgestellt. *Marek Miller*, der Initiator des Projekts und Leiter der Arbeitsstelle des Reportage-Laboratoriums des Instituts für Journalistik der Universität Warschau, stellte die dem Projekt zugrunde liegende Idee sowie die Erfahrungen, die im Laufe der bisherigen Arbeit gesammelt wurden, vor. *Michał Bukujemski*, Regisseur und Dozent am Reportage-Laboratorium, sprach über das Film-Projekt, den aus fünf Dokumentarfilmen bestehenden Zyklus „Aus der Auschwitz-Chronik“. Das Foto-Projekt wurde von *Tadeusz Rolke*, dem Autor der Ausstellung, vorgestellt. Die Ausstellung unter dem Titel „Wir waren hier. Leere nach dem Holocaust“ begleitete die Konferenz. Studenten des Laboratoriums lasen in diesem Teil Fragmente der Chronik vor. Außerdem wurde ein Film vorgeführt, der die Arbeiten an dem Projekt zeigte.

Der zweite Teil war der historischen Methode Oral History gewidmet. Über dieses Thema sprach *Friedhelm Boll*, Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn und Professor am Institut für Geschichte der Universität Kassel. Sein Vortrag über das Thema „Sprechen als Last oder Befreiung“ war der Beurteilung der Möglichkeiten der historischen Methode von Oral History gewidmet. *Gerhard Botz*, Leiter des Instituts für Zeitgeschichte der Wiener Universität, Direktor des Ludwig Boltzmann Instituts für Soziologiegeschichte und Herausgeber der „Studien zur Geschichte der Soziologie“, stellte in seinem Vortrag unter dem Titel „Oral History in Österreich im Kontext der Konzentrationslager“ die Leistungen der Oral History-Methode in Österreich dar. *Andrzej Żbikowski* wiederum, Mitarbeiter des Instituts des Nationalen Gedenkens und des Jüdischen Historischen Instituts, sprach über die Chronik als Quelle historischer Untersuchungen. *Alicja Rokuszevska-Pawełek*, Dozentin an der Fakultät für Kultursoziologie der Universität Lodz, die die Kriegsschicksale der Polen untersucht, indem sie die biographischen Erfahrungen und die Identitätsveränderungen analysiert, hielt einen Vortrag zu dem Thema „Konzentrationslager in biographischen Interviews und in der Chronik“. Zum Schluß dieses Teils hielt *Piotr Filipkowski*, der im Zentrum KARTA arbeitet und sich mit dem Oral History-Programm beschäftigt, den Vortrag „Auschwitz auf dem Weg nach Mauthausen – aus biographischen Aussagen der ehemaligen Häftlinge“.

Während der dritten Sitzung diskutierten die Teilnehmer über das Problem der Erziehung und Wissensvermittlung über den Holocaust sowie über die Möglichkeit, die Chronik für didaktische Zwecke zu nutzen. In diesem

Teil der Veranstaltung ergriff *Dietfrid Krause-Vilmar* von der Universität Kassel das Wort, der sich mit der Bildungsgeschichte sowie der Erörterung von Themen in Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus beschäftigt. Der Direktor des Jüdischen Historischen Instituts, *Feliks Tych*, beantwortete die Frage „Warum sollen wir über den Holocaust lehren?“. *Wiesława Młynarczyk*, die im Büro für Öffentliche Bildung des Instituts des Nationalen Gedenkens arbeitet, berichtete, wie das Rollenspiel im Unterricht über den Holocaust genutzt werden könne. Robert Szuchta, Ko-Autor des ersten Unterrichtswerks über den Holocaust für den Schulgebrauch, machte sich Gedanken über das Problem „Wie soll man in Schulen über den Holocaust reden?“

Am Schluß der Konferenz wurden zwei Dokumentarfilme „Aus der Auschwitz-Chronik“ gezeigt.

Die Konferenz wurde in Zusammenarbeit mit dem Zentrum KARTA, dem Büro für Öffentliche Bildung des Instituts des Nationalen Gedenkens und dem Jüdischen Historischen Institut in Warschau veranstaltet.

Małgorzata Preuss

Polen unter deutscher und sowjetischer Besatzung 1939–1945 Posen, 24.–26. Februar 2005

Auch sechzig Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs sind zahlreiche Themenbereiche aus dieser Zeitspanne noch kaum oder gar nicht zum Gegenstand der historischen Forschung gemacht worden. Grund dafür sind weit verbreitete Berührungssängste, die es erschweren, besonders heikle Fragenkomplexe anzugehen und in ihnen enthaltene geschichtliche „weiße Flecken“ aufzuarbeiten. Obwohl zur nationalsozialistischen Besatzung in Osteuropa auch innerhalb der westlichen Historiographie in den letzten Jahren zahlreiche Monographien – vornehmlich Lokalstudien – erschienen sind, bleiben die Geschichte des deutsch-sowjetischen Bündnisses von 1939 sowie der daraus resultierenden militärischen Unterwerfung der polnischen Ostgebiete und der baltischen Staaten durch die Sowjetunion sowie deren Angriffskrieg gegen Finnland nach wie vor weitgehend unbekannt. Auch nach einer vergleichenden Betrachtung der deutschen und sowjetischen Besatzung in Polen sucht man bisher vergebens. Dabei stellt gerade die Besetzung Polens, das von NS-Deutschland und der Sowjetunion zur gleichen Zeit überfallen und einvernehmlich aufgeteilt wurde, und das während des Zweiten Weltkriegs die längste Zeit fremder Herrschaft un-

terworfen war, einen Sonderfall dar, der zu vergleichenden Betrachtungen geradezu herausfordert.

Um diese Forschungslücke zu schließen, veranstalteten das polnische Institut des Nationalen Gedenkens und das Deutsche Historische Institut Warschau Anfang 2005 in Posen eine internationale Konferenz unter dem Titel „Polen unter deutscher und sowjetischer Besatzung 1939–1945“. In fünf Panels präsentierten dort Wissenschaftler aus Polen, Deutschland, den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Israel und Russland neueste Forschungsergebnisse zu diesem Themenkomplex.

Im Rahmen einer einführenden Sektion sprachen *Sergiej Slutsch* und *Marek Kornat* über die unterschiedlichen Wege beider totalitärer Regime zum Ribbentrop-Molotov-Pakt von 1939, *Czesław Madajczyk* und *Albin Głowacki* zeichneten die allgemeinen Voraussetzungen der nationalsozialistischen und sowjetischen Besatzung in Polen während des Zweiten Weltkriegs nach. Anschließend schilderte *Antony Polonsky* die ambivalente Haltung der Westmächte zur so genannten polnischen Frage während des Zweiten Weltkriegs.

Den Hauptteil der Konferenz bildete ein Vergleich der unterschiedlichen Ausprägungen der deutschen und sowjetischen Besatzungspolitik in Polen und der daraus resultierenden Reaktionen der unterworfenen Bevölkerung. Die unterschiedlichen Formen der nationalsozialistischen Herrschaft im besetzten Polen wurden dort bezüglich der wirtschaftlichen Ausbeutung, der nationalsozialistischen Verfolgungs- sowie der Bevölkerungspolitik abgeglichen, und zwar: für das Generalgouvernement 1939–1945 von *Sonja Schwaneberg*, *Tomasz Szarota* und *Ingo Haar*; für die in das Dritte Reich eingegliederten Gebiete 1939–1945 von *Tadeusz Janicki*, *Maria Rutowska* und *Jan Szyling*; für die Ostgebiete der Zweiten Polnischen Republik (die so genannten Kresy) 1941–1945 von *Dieter Pohl*, *Grzegorz Hryciuk* und *Frank Grelka*.

Unter diesen Gesichtspunkten wurde auch die sowjetische Besatzungspolitik in den „Kresy“ in den Jahren 1939–1941 von *Marek Wierzbicki*, *Aleksander Gurjanov* und *Aleksander Srebrakowski* rekonstruiert. Die unterschiedlichen Reaktionen der unterworfenen Bevölkerungsteile auf die deutschen bzw. sowjetischen Besatzungsmaßnahmen wurden unter den Oberbegriffen der Kollaboration bzw. des Widerstandes zusammengefasst. Auch hier der regionalen Aufteilung der Besatzungszonen folgend, schilderten *Jacek Andrzej Młynarczyk*, *Ryszard Kaczmarek*, *Grzegorz Motyka* und *Jan Jerzy Milewski* das gesamte Spektrum von Verhaltensarten, die von gelegentlicher Kooperation bis zu offener Kollaboration variierten. Die verschiedenen Formen des zivilen und militärischen Widerstandes wurden

in den besetzten polnischen Gebieten entsprechend von *Grzegorz Mazur*, *Aleksandra Pietrowicz*, *Grzegorz Hryciuk* und *Rafał Wnuk* geschildert.

Die im Hauptteil erzielten Ergebnisse wurden anschließend durch eine Sektion über nationale Minderheiten in Polen während des Zweiten Weltkrieges vervollständigt. *David Silberklang* sprach über das tragische Schicksal der jüdischen Bevölkerung und deren unterschiedliche Wahrnehmung beider Besatzungsmächte sowie den Umgang der Besatzungsmächte mit der jüdischen Minderheit, während *Tadeusz Piotrowski* die Instrumentalisierung der im besetzten Polen lebenden ethnischen Minderheiten (Juden, Ukrainer, Deutsche) für die Kriegsführung darstellte. Ein Vergleich beider Besatzungen, der von *Bogdan Chrzanowski* und *Piotr Niwiński* vorgenommen wurde, sowie eine Podiumsdiskussion leisteten abschließend eine Zusammenfassung der Konferenz. Ihre Ergebnisse sollen in Form eines Sammelbandes publiziert werden.

Jacek Andrzej Młynarczyk

'Größte Härte...' – Verbrechen der Wehrmacht in Polen September–Oktober 1939

Mit der Ausstellung „'Größte Härte...' – Verbrechen der Wehrmacht in Polen September – Oktober 1939“ werden seit April 2005 wesentliche Ergebnisse des Institutsprojekts „Auftakt zum Vernichtungskrieg. Die Wehrmacht in Polen 1939“ (s. S. 97) einer breiteren deutschen Öffentlichkeit präsentiert. Zentrale Themen sind die deutschen Bombardements unverteidigter polnischer Städte sowie Übergriffe der deutschen Bodentruppen auf polnische Zivilisten, Juden und Kriegsgefangene während des Polenkrieges 1939.

Die Ausstellung wurde zwischen 2002 und 2004 in Kooperation mit dem polnischen Institut des Nationalen Gedenkens (IPN) konzipiert. Eine polnischsprachige Fassung wurde bereits am 1. September 2004 im Warschauer Königsschloss eröffnet. Vom 7. April bis zum 29. Juni wurde die Ausstellung in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin gezeigt. Die verwendeten Quellen und Bilder, die aus polnischen, deutschen und amerikanischen Archiven stammen, sind bisher weitgehend unbekannt. Deutsche überregionale Medien haben die Ausstellung bisher positiv besprochen (s. S. 88). Ein Katalog zur Ausstellung ist in Vorbereitung. Die Ausstellung wird voraussichtlich bis Ende 2006 in verschiedenen deutschen Städten (u.a. Darmstadt, Bonn, Dresden, Heidelberg) zu sehen sein.

Jochen Böhler

Öffentliche Vorträge, Kolloquien und Podiumsdiskussionen

2004

22.04. Warschau

23.04. Posen

Vortrag von Dr. Mathias BEER (Tübingen)

Die ‚Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mittleuropa‘. Unbekannte Seiten eines wegweisenden Forschungsvorhabens“

10.05. Bucerius-Gespräch:

Historiker und aktuelle politische Debatten

Grußwort: Dr. Ingmar AHL, Zeit-Stiftung (Hamburg)

Prof. Dr. Norbert FREI (Bochum) – Prof. Dr. Włodzimierz BODZIEJ (Warschau)

Moderation: Prof. Dr. Klaus ZIEMER (Warschau)

13.05. Podiumsdiskussion:

Der Umgang mit der kommunistischen Vergangenheit in Polen

Begrüßung: Markus MECKEL, MdB, Außenminister a.D.

Auf dem Podium diskutierten:

Stanisław CIOSEK, Botschafter a.D., Berater des Staatspräsidenten in internationalen Angelegenheiten

Dr. habil. Andrzej FRISZKE, Historiker, Institut für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften

Zbigniew GLUZA, Leiter des Zeithistorischen Zentrums KARTA

Moderation:

Prof. Dr. Klaus ZIEMER (Warschau)

18.10. Bucerius-Gespräch:

Ethnizität

Prof. Dr. Gertrud PICKHAN (Berlin) – Prof. Dr. Joanna TOKARSKA-BAKIR (Warschau)

Moderation: Prof. Dr. Joanna KURCZEWSKA (Warschau)

- 15.11. Bucerius-Gespräch
Politische Ideengeschichte des Liberalismus
Dr. Maciej JANOWSKI (Warschau/Berlin) – Dr. Jörn LEONHARD (München)
Moderation: Prof. Dr. Jerzy JEDLICKI (Warschau)
- 24.11. Warschau
25.11. Lublin
Vortrag von Prof. Dr. Dres. h.c. Jochen Abr. FROWEIN
Der deutsch-polnische Vertrag von 1970 – Markstein der neuen Ostpolitik
- 6.12. Bucerius-Gespräch
Geschichte der Geschlechterbeziehungen
Prof. Dr. Martina KESSEL (Bielefeld) – Prof. Dr. Bożena CHOLUJ (Warschau/ Frankfurt/Oder)
Moderation: Kinga DUNIN (Warschau)

2005

- 21.02. Bucerius-Gespräch
Gedächtnis und Erinnerung
Prof. Dr. Konrad JARAUSCH (Potsdam) – Prof. Dr. Hubert ORŁOWSKI (Posen)
Moderation: PD Dr. Robert TRABA (Warschau)
- 17.03. Warschau
Vortrag von Prof. Dr. Rudolf VON THADDEN (Göttingen)
Polnische Fragen an Preußen
- 18.04. Bucerius-Gespräch
Nationalismus
Prof. Dr. Dieter LANGEWIESCHE (Tübingen) – Prof. Dr. Tomasz KIZWALTER (Warschau)
Moderation: Dr. Przemysław MATUSIK (Posen)

20.04.

Podiumsdiskussion

Was ist europäisch an den Europäern?

Auf dem Podium diskutierten:

Jürgen HABERMAS, Adolf MUSCHG, Aleksander SMOLAR

Moderation: Janusz REITER

Kolloquien

2004

- 28.01. Jan SZUMSKI (Grodno), Die polnische Nachkriegspolitik gegenüber den Polen im Osten in den Jahren 1944–1989 unter besonderer Berücksichtigung der Lage der Polen in Weißrussland
- 4.02. Robert BRIER (Frankfurt/Oder), Verfassungsgebung und Politische Kultur in Polen 1989–1997
- 18.02. Valeriy ZEMA (Kiew), „Judaisierende“, Juden, Orthodoxe. Historische Mythen, konfessionelle Stereotype
- 25.02. Olga POPKO (Brest), Die Gründung des Berliner Zweigs der Familie Radziwiłł
- 9.03. Eduard MÜHLE (Marburg/Lahn), Hermann Aubin und die deutsche Ostforschung
- 31.03. Hanna KOZIŃSKA-WITT (Dresden), *Und Warschau bleibt am Horizont...* Krakau in der polnischen Städtelandschaft 1900–1939
- 14.04. Ina SORKINA (Grodno), Die weißrussische Kleinstadt zwischen Nationen, Kulturen und Religionen (Ende 18. – 1. Hälfte 19. Jh.).
- 16.06. Severin GAWLITTA (Düsseldorf), Deutsche bäuerliche Siedlungen im Königreich Polen
- 30.06. Gerhard WOLF (Berlin), Germanisierungspolitik in den eingegliederten westpolnischen Gebieten 1939–1945
- 18.08. Alaksiej SZALANDA (Grodno), Deutschstämmiger Adel und seine Wappen im Kreis Grodno (Großfürstentum Litauen) von der Mitte des 16. bis zum Ende des 18. Jahrhunderts
- 25.08. Andreas STRIPPEL (Berlin), Rasse und Volk als Kategorien der Einwandererzentralstelle

- 08.09. Anna Sophia PAPPALAI (Dresden), Alltagsleben und Alltagserfahrungen während des Warschauer und Dresdner Wiederaufbaus (1945–1949)
- 22.09. Oksana CHARCZENKO (Brest), Sowjetische Religionspolitik in den westlichen Gebieten der Weißrussischen Sowjetrepublik zwischen September 1939 und Juni 1941
- 06.10. Sofia DYAK (Lemberg), Lichtspielhäuser zwischen Propaganda und Unterhaltung: Vergleich von Warschauer und Kiewer Verhältnissen nach dem Zweiten Weltkrieg
- 13.10. Andrzej MICHALCZYK (Erfurt), Die Nationalisierung der kirchlichen Feiern im polnischen Teil Oberschlesiens 1922–1939
- 20.10. Natalia POLJAK (Minsk), Religiöse Fragen in Weißrussland innerhalb der europäischen Beziehungen 1686–1772
- 27.10. Joachim STEPHAN (Berlin), Preußische Siedlungen und Landesausbau in den Ämtern Preußisch Holland, Liebstadt und Mohrungen
- 03.11. Alexa STILLER (Hannover), „Aussiedlung, Umsiedlung, Ansiedlung“: Die Politik des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums in den annektierten Gebieten.
- 10.11. Andreas MIX (Berlin), Das Konzentrationslager Warschau
- 10.11. Andrej ZAMOJSKI (Gomel), Nationale Minderheiten im sowjetischen Weißrussland angesichts der Zwangskollektivierungen der Jahre 1929–1932
- 17.11. Martin FABER (Freiburg/Posen), Die sarmatische Ideologie
- 23.11. Helga HIRSCH (Berlin), Der Umgang mit dem Thema „Vertreibung“ und den psychologischen Nachwirkungen in von Vertreibung betroffenen Familien
- 24.11. Roman ZILINKO (Lemberg), Ukrainische Kirchenmalerei in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts: Kanon oder Offenheit? Zur Frage der Entstehung zusätzlicher Reihen innerhalb der westukrainischen Ikonostasen

01.12. Hanna HAYDUK (Tübingen), Text-Bild-Beziehungen im Behem-Kodex

2005

23.02. Halina WAŚKO (Grodno), Polnisch-weißrussische Beziehungen im Kommissariat Ostland (Weißrussland) 1941–1944

23.03. Günther ERBE (Berlin), Die Frau als Egeria. Die politische Karriere der Herzogin Dorothea von Sagan

06.04. Catharina WINZER (Bonn), Der Zweite Weltkrieg als Thema in der polnischen Gegenwartskunst

13.04. Rusanna GABER (Heidelberg), Der Einfluß der Geschichte auf die politische Kultur in Deutschland und Polen

27.04. Anna LIPPHARDT (Berlin), Zog nit keynmol az du geyst dem letstn veg. Die Wilnaer Partisanen-Hymne als transnationaler jüdischer Erinnerungsort

11.05. Jehuda JAKUBOWSKI-JESHAY (Frankfurt/Oder), Paradoxa in der historischen Beschreibung des Holocaust

18.05. Madeleine LERF (Zürich), Die „Buchenwaldaktion“ – Zusammenarbeit humanitärer Akteure in der Nachkriegsschweiz am Beispiel der Hilfsaktion für jüdische Jugendliche aus dem KZ Buchenwald

25.05. Arkadiusz STEMPIN (Basel), Das vergessene Generalgouvernement. Deutsche Bildungs-, Religions- und Kulturpolitik im besetzten Polen im Ersten Weltkrieg

17.06. Hans Henning HAHN (Oldenburg), Überlegungen über den Vertreibungsdiskurs in der Bundesrepublik Deutschland

Bericht zu den Bucerius-Gesprächen

Im Mai 2004 begann das DIH Warschau mit finanzieller Unterstützung der ZEIT-Stiftung die Reihe der „Bucerius-Gespräche. Deutsche und polnische Blicke auf die Geschichte“. Ziel dieser Reihe war es, deutsche und polnische Historiker und Historikerinnen sowie eine interessierte Öffentlichkeit gerade auch vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen über die jüngste Vergangenheit, die das deutsch-polnische Verhältnis in letzter Zeit belastet haben, ins Gespräch zu bringen. Hierfür konnten kompetente Historikerpersönlichkeiten aus Deutschland und Polen gewonnen werden, so dass die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ die Reihe am 30. April 2004 schließlich in einer kleinen Notiz ankündigen konnte: „Polnische und deutsche Historiker diskutieren im Deutschen Historischen Institut Warschau. Die von der ZEIT-Stiftung geförderte Reihe ‚Deutsche und polnische Blicke auf die Geschichte‘ wird am 10. Mai mit einem Gespräch zwischen Włodzimierz Borodziej aus Warschau und Norbert Frei aus Bochum eröffnet.“

Für diese Eröffnung zum Thema „Historiker und aktuelle politische Debatten“ konnten somit zwei ausgewiesene Spezialisten für Zeitgeschichte in Polen und in Deutschland gewonnen werden, die sich mit dem Thema der Vergangenheitspolitik sowie der Instrumentalisierung der Geschichte durch die Politik bestens vertraut zeigten. Sie haben sich in ihren Forschungen mit den heiklen Themen des 20. Jahrhunderts auseinandergesetzt und dabei zweifellos Maßstäbe gesetzt. Bei der Diskussion kamen sowohl eine positiv verändernde und gestaltende Rolle von Historikern in Fragen der Vergangenheitsbewertung als auch die Grenzen der Fachhistorie zur Sprache, der es in den wichtigen Fragen von Vergangenheitspolitik und prekären Fragen wie der Bewertung des Nationalsozialismus oder der Vertreibung in beiden Ländern nicht immer gelingt, beispielsweise über die Mittel der Massenkommunikation eine breite Öffentlichkeit zu erreichen. Dieses Ziel sollte aber nach einhelliger Meinung der Referenten nicht aufgegeben werden.

Nach der traditionellen Sommerpause in Polen wurden die Gespräche im Oktober 2004 mit der Osteuropahistorikerin *Gertrud Pickhan* aus Berlin und der Warschauer Kulturanthropologin *Joanna Tokarska-Bakir* fortgesetzt, die über die Kategorie der Ethnizität diskutierten. Während Pickhan dafür plädierte, eine analytisch verstandene Kategorie von Ethnizität im Sinne von Multiethnizität und Interkulturalität in die Geschichtswissenschaft einzuführen und den Ethnizitätsbegriff um die Fragen von Macht und Herrschaft zu erweitern, warnte Tokarska-Bakir vor einer allzu stati-

schen Verwendung des Begriffs, weil die Kategorie die Gefahr in sich birgt, vermeintlich objektive und essentialistische Gruppenzugehörigkeiten festzuschreiben, die letztlich in – euphemistisch so genannten – „ethnischen Säuberungen“ enden könnten.

Während in jenem Gespräch durchaus unterschiedliche Konzeptionalisierungen zwischen Geschichtswissenschaft und Anthropologie deutlich wurden, konzentrierte sich das folgende Gespräch wieder ganz auf die Geschichtswissenschaft. Die zur jüngeren Generation zählenden Historiker *Jörn Leonhard* aus Jena und *Maciej Janowski* aus Warschau, die beide jeweils zu liberalen Strömungen in Europa geforscht haben, besprachen unter der äußerst kompetenten Moderation von *Jerzy Jedlicki* von der Polnischen Akademie der Wissenschaften die „Politische Ideengeschichte des Liberalismus“ in West- und Osteuropa. Im direkten Vergleich und einer begriffsgeschichtlichen Abgleichung zwischen den Entwicklungen in Deutschland und Polen fiel dabei auf, dass den Liberalismus in seiner polnischen Spielart, der laut Janowski nicht marginalisiert werden sollte, eine starke Ablehnung des Staates kennzeichnete, der mit den als feindlich perzipierten Teilmächten konnotiert wurde. Die Ablehnung des Staates resultierte somit in Polen aus der Erfahrung der Fremdherrschaft, während sich liberale Strömungen im Westen nicht selten als Ausdruck von Aufklärungs- und Vernunftsprinzipien nicht prinzipiell gegen, sondern auch an der Seite eines reformorientierten Staates bestimmten. Da der Liberalismus in Deutschland immer auch für eine überpolitische Weltanschauung stand, konnte er nach 1871 auch als Symbolwert nationaler Integration und zivilisatorischen Fortschritts gegenüber dem Katholizismus eingesetzt werden.

Im Dezember 2004 folgte das Zwiesgespräch zwischen *Martina Kessel* aus Bielefeld und *Bożena Chołuj* aus Frankfurt (Oder) / Warschau, bei dem die unterschiedlichen Entwicklungen der „Geschichte der Geschlechterbeziehungen“ ausgelotet wurden. Während von Chołuj darauf hingewiesen wurde, dass die Kategorie „Gender“ in Polen eine junge analytische Kategorie darstellt und bislang in diesem von ihr so bezeichneten Land der Gleichzeitigkeit von Ungleichzeitigem, von Tradition und postmodernen Innovationen, nur wenig institutionelle Verankerung an den Universitäten gefunden hat, zeichnete Martina Kessel eine Entwicklung in Deutschland nach, bei der sich, darin den USA folgend, das Verständnis der Geschlechterbeziehungen bereits sehr pluralisiert hat. Deutlich wurde aber in beiden Vorträgen, dass die Vorstellungen von Differenz und von Geschlecht als einem Ordnungsprinzip und einer Gegensatzsemiotik in unseren modernen Gesellschaften auch weiterhin funktionieren, unter anderem weil die Moderne von Einstellungen geprägt ist, die sich als lang- und zählebiger als politi-

sche Systemwechsel oder tiefgreifende sozio-ökonomische Verschiebungen erweisen können.

Das größte Interesse innerhalb der Reihe rief im Februar 2005 das Gespräch zum Thema „Gedächtnis“ hervor. Nicht nur verursacht durch das „Gedächtnisjahr 2005“ in Bezug auf den 60. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges, sondern auch, weil die verschiedenen Gedächtnisse in den Ländern Ostmittel- und Osteuropas in der Zeit des kalten Krieges vor 1989 gleichsam eingefroren waren und nun mit Macht wieder an die Oberfläche und in die Öffentlichkeit drängen, spielt diese Kategorie heute eine wichtige Rolle im öffentlichen Bewusstsein. Dabei wird in Polen aus historischen und nachbarschaftlichen Gründen sehr aufmerksam registriert, wie sich der Umgang mit der Vergangenheit und die Gestaltung von Gedächtnispolitiken in Deutschland verändert und höchst sensibel darauf reagiert, dass Polen in Bezug auf den Zweiten Weltkrieg im deutschen Gedächtnis eine untergeordnete Rolle sowohl gegenüber der Shoah als auch dem Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion spielt. Um so interessanter war bei diesem Gespräch, dass mit *Konrad Jarausch* (Potsdam/Chapel Hill) ein Gesprächspartner zur Verfügung stand, der nicht nur einen innerdeutschen, sondern als Lehrender an einer amerikanischen Universität ebenso einen Blick von außen auf deutsche Gedächtnisdiskussionen und -politiken warf, ein Blick, der es verstand, den Umgang der Deutschen mit ihrem Gedächtnis kritisch zu würdigen, wobei Jarausch konstatierte, dass es in Deutschland kaum positiv konnotierte Bezugspunkte des Gedächtnisses gebe. Dieser differenzierte Blick fand durch die Darstellung von *Hubert Orłowski* (Posen) und seinen jahrzehntelangen Forschungen zu der Kategorie von „Gedächtnis“ und Stereotypen in der Literatur eine überaus sinnvolle Ergänzung.

Während bei diesem Gespräch bereits deutlich wurde, dass eine Kategorie wie „Gedächtnis“ ganz unterschiedliche Bedeutungsinhalte in verschiedenen Ländern und Kontexten annehmen kann oder sogar muss, wurde im folgenden Gespräch zum Thema „Nationalismus“ noch deutlicher, wie wenig eindimensional sich solche Strukturmerkmale bzw. Großkategorien der Geschichtswissenschaft interpretieren lassen. Wenn der Nationalismus sowohl in Deutschland als auch in Polen als eine Kategorie gelten kann, die stets umkämpft war (und ist), so ließ sich der Nationalismus im Laufe des Gesprächs nicht als simples Deutungsmuster herunterbrechen, da er stets mehrere Bedeutungsinhalte haben kann: Er verheißt sowohl Freiheit, Demokratie und Partizipation als auch Bereitschaft zur Aggression, er betreibt sowohl Inklusion als auch Exklusion. Was dann den deutschen vom polnischen Nationalismus unterscheidet, war eine der zahlreichen Fragen, mit denen sich die einander sehr gut ergänzenden Referenten *Dieter Langewie-*

sche aus Tübingen und *Tomasz Kizwalter* aus Warschau konfrontiert sahen – die einfache Formel, der deutsche sei ein aggressiver, der polnische hingegen ausschließlich eine Art sich verteidigender Nationalismus gewesen, konnte von beiden Referenten nicht geteilt werden, die eben wiederum auf eine kompliziertere Gemenge- und Ausgangslage verwiesen.

Jedenfalls zeigte auch diese wie die vorangegangenen Diskussionen, dass die zum Thema gewählten Strukturkategorien kaum abgeschlossene Projekte sind, sondern eher Prozesse, die sich in unterschiedlichen historischen Kontexten mit unterschiedlichen Bedeutungen aufladen lassen und aufgeladen wurden. Dabei erfreuten sich diese Angebote zum Gespräch, zur Diskussion und damit letztlich zu Erkenntnisgewinn in einem deutsch-polnischen Umfeld eines wachsenden Zuspruchs. Während die ersten Gespräche von etwa 40 bis 60 Personen besucht wurden, fühlten sich von den Themen „Gedächtnis“ und „Nationalismus“ 120 bis 150 Interessierte angezogen. Im Verlauf dieser Reihe deutsch-polnischer Diskussionen in Warschau nahmen nicht nur zahlreiche Polen aller Altersgruppen teil, sondern auch viele deutsche Erasmus-Studierende und Journalisten.

Katrin Steffen

Zur Konferenz „Die Besatzungspolitik in Polen 1939–1945“, organisiert in Kooperation mit dem IPN (Posen 24.–26. Februar):

„Als Beispiel einer positiven Tätigkeit sei die gerade in Posen beendete Konferenz über die Besetzung Polens in den Jahren 1939–1945 angeführt. Polnische und deutsche Historiker tauschten auf partnerschaftliche Weise ihre Meinungen über heikle Themen aus.“

(*Geschichte für die Eintracht*, „Głos Wielkopolski“ (Posen) vom 26.–27. Februar 2005)

Anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „’Mit größter Härte...’“ im September 2004 im Warschauer Königsschloss:

„[...] DHI-Direktor Klaus Ziemer hat für seine Zusammenarbeit mit dem Institut für das Nationale Gedenken (IPN), das ‚Verbrechen gegen das polnische Volk‘ aus der Zeit der deutschen, dann der sowjetischen Fremdherrschaft aufarbeiten soll, von polnischer Seite höchstes Lob erhalten. [...] Dass ein deutsches Institut an der Ausstellung über deutsche Kriegsgreuel beteiligt ist, hat in der derzeitigen aufgeheizten polnischen Debatte über den Krieg und die Nachkriegszeit Signalwirkung.“

(*Das fehlende Land*, „Süddeutsche Zeitung“ vom 2. September 2004)

„Am 1. September des Jahres eröffneten Prof. Klaus Ziemer, der Direktor des Deutschen Historischen Instituts in Warschau, und Prof. Leon Kieres, der Präsident des Instituts des Nationalen Gedenkens, die von beiden Instituten vorbereitete Ausstellung „’Mit größter Härte...’ – Verbrechen der Wehrmacht in Polen in den Monaten September und Oktober 1939“. Es wäre zu wünschen, dass auch die Deutschen die Ausstellung möglichst schnell kennenlernen.“

(*Ein Volk mit Vergangenheit*, „Rzeczpospolita“ vom 4.–5. Dezember 2004)

Anlässlich der Eröffnung der Ausstellung in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin im April 2005:

„Der polnische Botschafter Byrt [äußerte sich] kürzlich in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin, als er eine kleine und kluge Ausstellung zu den Verbrechen der Wehrmacht in Polen eröffnete.“

(*Die Schwelle*, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 19. April 2004)

„Im entfesselten Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion verloren Millionen Menschen ihr Leben. Ihren Anfang genommen hat diese Strategie aber bereits in den ersten Kriegstagen gegen Polen: Das zeigt nun eine kleine Ausstellung des Deutschen Historischen Instituts Warschau.“

(NDR, 7. April 2005)

„Die Ausstellung will zeigen, dass der vom faschistischen Deutschland lange vorbereitete große Vernichtungskrieg im Osten nicht erst im Juni 1941 mit dem Überfall auf die Sowjetunion begonnen hat. Und auch, dass die Wehrmacht bis dahin keinen ‚ritterlichen‘, von Kriegsverbrechen und anderen Verstößen gegen das Völkerrecht freien Krieg geführt hat. [...] Der polnische Botschafter Dr. Andrzej Byrt wünschte sich vor allem viele jugendliche Besucher. Angebracht wäre allerdings auch, den Ausstellungsbesuch für all diejenigen zur Pflicht zu machen, die in diesen Tagen die große Aufrechnung betreiben und 1945 zum Ausgangspunkt der Geschichtsschreibung machen und dabei weder 1933 noch 1939 in Erinnerung haben.“

(*Die „kleinen“ Untaten*, „Junge Welt“ vom 13. April 2005)

„Entstanden ist die Ausstellung, die sehr gut ausgewählte und teilweise wenig bekannte Dokumente versammelt, als eine Kooperation zwischen dem polnischen Institut des Nationalen Gedenkens – Kommission zur Verfolgung von Verbrechen gegen die polnische Nation (IPN) und dem Deutschen Historischen Institut (DHI) in Warschau. [...] Beiden Institutionen ging es darum, ein verzerrtes Bild, das durch die Wehrmachtsausstellungen des Hamburger Instituts für Sozialforschung entstanden war, zu korrigieren.“

(*Rätselhafte Wehrmacht*, „Jungle World“, Nummer vom 20. April 2005)

Zu den Plänen zur Gründung eines Polnischen Historischen Instituts in Berlin:

„Deutschland hat in Warschau sein dynamisch arbeitendes Deutsches Historisches Institut, wir haben in Berlin nichts Vergleichbares. Aber es gibt dort eine Vertretung der Polnischen Akademie der Wissenschaften (PAN) mit einer eigenen Basis. Der Präsident von PAN erklärte sich damit einverstanden, diese in ein Polnisches Historisches Institut umzuwandeln. Dieses soll sich mit der Zeitgeschichte beschäftigen und eine ständige Ausstellung gestalten, die das Leben in Polen unter der deutschen Besatzung veranschaulichen soll.“

(*Polnisch-deutsche Freundschaftsmission*, „Gazeta Wyborcza“ vom 14. Juni 2005)

FORSCHUNGSPROJEKTE

Projekte der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Jerzy KOCHANOWSKI: Der Schwarzmarkt in Polen nach 1945 am Beispiel Warschaus (Nr. 8, S. 88)

Waldemar KÖNIGHAUS: Institution und Amt im Spannungsfeld geistlicher und weltlicher Herrschaftsansprüche. Zur Morphologie polnischer und deutscher Diözesen sowie zu den Profilen ihrer Bischöfe während des Spätmittelalters (Nr. 10, S. 81)

Martin KOHLRAUSCH: Die Doppelte Avantgarde. Urbanistische Innovation und internationale Vernetzung. Polen im europäischen Kontext (ca. 1916-1948) (s.u. S. 92 ff.)

Andreas KOSSERT: Die Textilzentren Manchester und Lodz 1820–1914: Ethnie, Konfession und urbane Identität (Nr. 9, S. 67)

Claudia KRAFT: Militär und Gesellschaft. Wechselwirkungen im Zeichen von Politik und Modernisierung in Polen 1764–1830/31 (Nr. 9, S. 69)

Jacek Andrzej MŁYNARCZYK: „Von Vertreibungen bis zum Genozid“: Die ethnischen Säuberungen im besetzten Polen 1939–1948

Bogdan MUSIAL: Gründung und Etablierung des kommunistischen Sicherheitsamtes in Polen 1944–1953 (Nr. 8, S. 85)

Maike SACH: Wahrnehmung und Darstellung politischer Ordnung(en) im Kontext des Zerfalls des Piastenreichs und der Vereinigung der Teilfürstentümer im Königreich Polen.

Katrin STEFFEN: Naturwissenschaft im Spannungsfeld von Nation und Transnationalität in Polen im späten 19. und im 20. Jahrhundert (1890 – 1950) (Nr. 11, S. 82 ff.)

Stefan WIEDERKEHR: Die Einführung von Geschlechtertests an internationalen Sportwettkämpfen aus dem Geiste des Kalten Krieges (s.u. S. 94 ff.)

Institutsprojekt

Jochen BÖHLER: Auftakt zum Vernichtungskrieg. Die Wehrmacht in Polen 1939 (s.u. S. 97 ff.)

Martin Kohlrausch

Die Doppelte Avantgarde. Urbanistische Innovation und internationale Vernetzung. Polen im europäischen Kontext (ca. 1916–1948)

Vermittelt durch Stefan Żeromskis Roman „Przedwiośnie“ (Vorfrühling) gelangten im Jahr 1925 die ‚gläsernen Häuser‘ in das polnische kollektive Gedächtnis und haben dort bis heute einen festen Platz. Żeromski dienten die gläsernen Häuser als ein Symbol eines neuen Polen als eines idealisierten Landes sozialer Gerechtigkeit. Ungemein einflussreich in der polnischen Architektur der Zwischenkriegszeit, verweist die Metapher auf die zwei Hauptfragen der angestrebten Untersuchung:

- 1) Planung und Gesellschaftsreform, so die Hypothese, gewannen vor dem Hintergrund der Wiedergründung des polnischen Staates eine spezifische Bedeutung und Dynamik, die über den europaweit zu beobachtenden Trend weit hinausging.
- 2) Das Bild des ‚gläsernen Hauses‘, ein Import aus Deutschland, steht beispielhaft für lebhaft und wirkmächtige Austauschbeziehungen, für den raschen Anschluss an westliche Diskurse, aber auch für die Umformung und den Bedeutungsgewinn eines Konzepts unter gänzlich neuen Vorzeichen.

Die Neuformierung polnischer Staatlichkeit aus den drei Teilungsterritorien prädestinierte das lange Zeit fragile Staatsgebilde als ein Laboratorium politischer und sozialer Problemlösungskompetenz. Schließlich bot sich, nicht nur auf der Ebene der politischen Institutionen, 1918 eine *tabula rasa*. Hinzu trat die prekäre Wirtschaftssituation des Landes. Hypothetisch lässt sich annehmen, dass in Polen sowohl der Problemlösungsdruck besonders stark war als auch die Bereitschaft, neue Lösungswege einzuschlagen, da Festlegungen professioneller und institutioneller Art vergleichsweise schwach ausgeprägt waren.

Das Forschungsprojekt will diesem Phänomen in zwei Bereichen nachgehen, die wiederum in vier Perspektiven interpretiert werden sollen. Zunächst soll die Entwicklung der polnischen Avantgardearchitektur in ihren Spezifika herausgearbeitet werden. Im Mittelpunkt wird hier die Avantgardegruppe und spätere Architektenvereinigung *Praesens* und deren Zusammenarbeit mit der Wohnungsreformbewegung stehen. In der Betonung von Gemeinschaftseinrichtungen und der Suche nach kostengünstigen Wohnformen gelangen diesen Architekten wohnungspolitisch erfolgreiche und international beachtete Projekte.

Die relative Erfolgsgeschichte moderner Architektur angesichts enormer Herausforderungen lässt sich für die Stadtplanung – als urbanistisches Komplement der Architektur und zweiter Untersuchungsbereich – noch

eindrücklicher skizzieren. Vor dem Hintergrund eines enormen Problemlösungsdrucks nach dem Ersten Weltkrieg entwickelte sich in Polen eine bemerkenswerte Konjunktur der universitär bereits 1916 etablierten Planungswissenschaft. Dieser Aufschwung ging weit über diverse innovative Masterpläne auf städtischer und regionaler Ebene hinaus und manifestierte sich eindrucksvoll in der Schaffung des Warschauer Planungsbüros mit Ende der 1930er Jahre über 400 Mitarbeitern.

Der internationale Erfolg der bahnbrechenden Studie „Warszawa funkcjonalna“ von Jan-Olaf Chmielewski und Szymon Syrkus (1933/34) verweist schlaglichtartig auf die erste Interpretationsperspektive, nämlich die Frage nach polnischer Architektur und Stadtplanung im Kontext von Internationalisierung und Austauschbeziehungen. Hier wird insbesondere die Rolle polnischer Architekten in den Congrès Internationaux d'Architecture Moderne, kurz CIAM, in den Blick zu nehmen sein. Die polnischen Teilnehmer bildeten fortlaufend eine der zahlenstärksten und aktivsten Regionalgruppen der CIAM. Polnische Beiträge zu Schlüsselfragen wie der „Wohnung für das Existenzminimum“ oder eben der funktionellen Stadt erlangten schnell Beispielcharakter. Diese Entwürfe stießen deshalb auf starke Resonanz, weil sich hier Polen gewissermaßen als Experimentierfeld präsentierte, auf dem das, was im Westen oft Theorie blieb, praktisch konkretisiert werden konnte. Für die polnischen Architekten wiederum stellten die CIAM, gerade in den für Polen kritischen Bereichen Stadtplanung und sozialer Wohnungsbau, *state of the art*-Wissen bereit. Das politisch offene Konzept der Konferenzen, gekennzeichnet durch Planungsradikalität bei vergleichsweise geringer ideologischer Bindung, ermöglichte es den polnischen Urbanisierungsexperten, direkt an die internationale Diskussion anzuschließen.

Dieses Phänomen lenkt den Blick auf die Wissensdiffusion, die zweite Interpretationsperspektive. Hier spielten Ausstellungs- und Kongresstätigkeiten eine wesentliche Rolle. Besondere Beachtung verdient aber die mediale Dimension, und das heißt in diesem Fall Zeitschriften und Bücher. Durch ein weit verzweigtes Netz von Berichterstatern – oft Emigranten in den westlichen Vorreiterstädten moderner Architektur – beschleunigten Journale die ‚Informationsnivellierung‘ zwischen West und Ost. Dieser Mechanismus der Informationsverbreitung gewann für die Architektur besondere Bedeutung, denn die dramatischen Veränderungen der Medienlandschaft, namentlich die universale Verbreitung der Fotografie (Offset-Druck) nach 1900, wirkten sich für die Architekturdarstellung in besonderer Weise aus. Ein neuer ungezwungener Umgang mit formalen Mitteln ermöglichte eine Akzentverschiebung vom Text zum Bild. Die Architekturjournale und -bücher stellten ein gemeinsames visuelles Vokabular des Modernismus

bereit, das leicht lokal reproduziert, verbreitet und umgearbeitet werden konnte. Die visuelle Natur dieser Medien scheint dabei insbesondere im multilingualen osteuropäischen Kontext zur hohen Durchsetzungsintensität und -geschwindigkeit moderner Architektur beigetragen zu haben.

Eine weitere Perspektive, auf die sich die Untersuchung konzentrieren wird, ist die 55–100 Personen umfassende Gruppe der wesentlichen Akteure der modernen polnischen Architektur und Stadtplanung der Zwischenkriegszeit. Die Spezifik der polnischen Staatsneugründung brachte es mit sich, dass ein beispielloser Elitenaustausch erfolgte. Dabei kann von einem Doppelvakuum gesprochen werden. Der Abzug der ‚Besitzer‘ hinterließ nicht nur leere Stellen, sondern auch gravierende Expertiselücken. Das entstandene Vakuum musste durch eine Expertenelite gefüllt werden. Dabei ging es nicht um das bloße Auffüllen vakanter Ämter, sondern auch um Richtungsentscheidungen auf dem Kontinuum Tradition-Moderne.

Dies führt zum Verhältnis von Architektur und Staat und Gesellschaft, der vierten Interpretationsperspektive. Auffällig ist zum einen die moderate politische Orientierung der polnischen Avantgardearchitektur, die durch Pragmatismus und eine – im Vergleich mit Westeuropa – deutlich ausgeprägte Fortschrittsskepsis bestimmt war. Zum anderen lässt sich eine vergleichsweise hohe Akzeptanz der Moderne, vor allem im sozialen und gesundheitlichen Bereich, durch den Staat beobachten.

Erklären ließe sich diese größere Akzeptanz der Moderne dadurch, dass in Polen vergleichsweise größere Chancen vergleichsweise geringeren potentiellen Verlufterfahrungen gegenüberstanden. Dieser Zusammenhang kann den Erfolg internationaler Architektur wie auch der Planungswissenschaft erklären helfen. Überspitzt formuliert: Durch die beschriebene Internationalisierung und Wissensvereinheitlichung verfügten die Stadtplanungsexperten in Polen über das Wissen des 20. Jahrhunderts, um die Probleme des 19. Jahrhunderts anzugehen. Dies bedeutet tendenziell eine höhere Problemlösungseffektivität und daher einen Legimitätsgewinn moderner Lösungen.

Stefan Wiederkehr

Die Einführung von Geschlechtertests bei internationalen Sportwettkämpfen aus dem Geiste des Kalten Krieges

Von 1968 bis 1998 wurden an Olympischen Spielen im Auftrag des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) Geschlechtertests durchgeführt, deren Ziel es war, das Geschlecht der Teilnehmerinnen an Frauenwettbewerben als eindeutig weiblich zu bestimmen. Seine Premiere bei einer

sportlichen Großveranstaltung hatte der Geschlechtertest bei den Leichtathletik-Europameisterschaften von 1966, einzelne Weltsporthverbände verzichten bis heute nicht auf diese diskriminierende Praxis. Die Einführung von Geschlechtertests bei internationalen Sportwettkämpfen – so lautet die zu überprüfende Arbeitshypothese – ist dadurch motiviert, dass siegreiche Sportlerinnen aus sozialistischen Ländern zwei Grenzüberschreitungen zugleich begingen. Erstens drangen sie als Frauen in die kulturell männlich codierte Sphäre des Spitzensports ein und stellten damit die traditionelle Geschlechterordnung in Frage. Zweitens bedrohte der Sieg einer Repräsentantin des Ostblocks im Kontext des Kalten Krieges das Selbstwertgefühl der westlich-kapitalistischen Welt.

Zur ersten Grenzüberschreitung: Die Segregation der Geschlechter ist im Sport so vollkommen verwirklicht wie dies in kaum einem anderen gesellschaftlichen Teilsystem heute noch der Fall ist. Das Argument, die Trennung von Frauen und Männern beruhe auf naturbedingten Unterschieden der körperlichen Leistungsfähigkeit und diene dem fairen Wettkampf, da sie gleiche Ausgangsbedingungen für die jeweiligen Teilnehmenden schaffe, ist jedoch in verschiedener Hinsicht angreifbar: Zunächst ist auf die Asymmetrie hinzuweisen, dass Geschlechtertests nur bei Frauenwettbewerben stattfinden, was impliziert, dass die Teilnahme einer Sportlerin an einem Männerwettbewerb nicht unfair ist. Es mag nicht einleuchten, weshalb die Trennung nach Geschlecht fairere Ausgangsbedingungen schaffen soll als beispielsweise Gewichtsklassen, wie sie in den meisten Kampfsportarten üblich sind. Außerdem reproduzieren einige Sportarten das Stereotyp vom „schwachen Geschlecht“, indem sie nicht nur Frauen und Männer trennen, sondern darüber hinaus unterschiedliche Regelwerke für die beiden Geschlechter kennen (z. B. Verbot des Bodychecks im Fraueneishockey) oder Frauen von Wettkämpfen gänzlich ausschließen. Auch im Bereich des Sports haben wir es somit mit der sozialen Konstruktion von Geschlecht zu tun. Die Geschichte des Frauensports ist im Wesentlichen eine Geschichte des Eindringens von Frauen in eine traditionelle Männerdomäne und männlichem Widerstand gegen diese Entwicklung.

Zur zweiten Grenzüberschreitung: Seit den Erfolgen der sowjetischen Athletinnen und Athleten bei den Olympischen Spielen von 1952 wurde der Kalte Krieg auch auf den Sportplätzen ausgetragen. Die höhere Anzahl von Medaillen an internationalen Wettkämpfen galt seither beiden Seiten als Gradmesser für die Überlegenheit des jeweiligen politisch-gesellschaftlichen Systems. Die sozialistischen Staaten förderten nicht zuletzt deshalb den Frauensport: Indem sie ihre Repräsentanten hart auf Wettbewerbe mit geringer Leistungsdichte trainieren ließen – und das waren in erster Linie Kraft- und Ausdauerdisziplinen der Frauen –, sammelten

sie „einfache Medaillen“. Gleichzeitig wurde im Zuge des Kalten Krieges die Einnahme leistungsfördernder Substanzen üblich und zumindest auf sowjetischer Seite vom Staat systematisch gefördert. Da die Einnahme derartiger Substanzen zu Virilisierungserscheinungen führen kann, begleitete die westliche Presse den Dopingvorwurf gegenüber siegreichen Athletinnen aus dem Ostblock regelmäßig damit, dass sie deren Weiblichkeit in Frage stellte: Man(n) meinte Doping, sagte aber Geschlecht. Am Ende dieser Kampagne stand die Einführung von Geschlechtertests an sportlichen Großereignissen. Als ironische Pointe mutet an, dass die gängige Testmethode Dopingmissbrauch unentdeckt lässt, während sie Frauen mit seltenen erblichen Anomalien als „Betrüger“ überführt, so zum Beispiel die polnische Sprinterin Ewa Kłobukowska, die beim Leichtathletik-Europacup 1967 als erste Person überhaupt durch einen Geschlechtertest fiel.

Die Kategorien sex und gender vermischen sich im Spitzensport somit auf höchst interessante Weise: Verweigerten sich sozialistische Siegerinnen doppelt der sozial konstruierten Rollenerwartung an Frauen (*gender*), so reagierten die internationalen Sportverbände mit Geschlechtskontrollen, die auf einem rein biologischen Ansatz beruhen (*sex*). Dabei blieb die Testmethode rasch hinter dem aktuellen Stand der medizinischen Forschung zurück. Das Projekt verfolgt daher folgende Ziele:

- 1) einen Vergleich der westlichen Sportberichterstattung über erfolgreiche Athletinnen mit derjenigen im Ostblock;
- 2) eine Untersuchung der Entscheidungsvorgänge innerhalb des IOC und anderer Weltsportverbände, die ungefähr zeitgleich die Einführung von Geschlechtertests und Dopingkontrollen zur Folge hatten, insbesondere der Rolle von Sportlerinnen und Sportlern, Funktionärinnen und Funktionären, Medizinerinnen und Medizinern sowie Juristinnen und Juristen in diesen Entscheidungsprozessen;
- 3) eine Analyse der Argumentation, mit der die Sportverbände die neuen Kontrollen nach außen hin kommunizierten, und der Rezeption ihrer Öffentlichkeitsarbeit in westlichen und östlichen Medien.

Dr. Jochen Böhler

Auftakt zum Vernichtungskrieg. Die Wehrmacht in Polen 1939

Kaum ein anderer Zeitraum belastet nach wie vor die deutsch-polnischen Beziehungen so sehr wie die Jahre der deutschen Besatzung in Polen 1939–1945. Die Aufarbeitung zentraler Fragen dieser Epoche – unter Berücksichtigung der Forschungsergebnisse und Archivmaterialien beiderseits des ehemaligen Eisernen Vorhangs – bildet daher sicherlich zu Recht einen der Forschungsschwerpunkte des DHI Warschau. Dabei ist es ein Hauptanliegen, weiße Flecken in den jeweiligen nationalen Historiographien aufzuzeigen und zu beseitigen. Einen dieser weißen Flecken – zumindest in der westlichen historiographischen Landschaft – bilden die Zeit der deutschen Militärverwaltung in Polen vom 1. September bis zum 25. Oktober 1939 und die in dieser Zeit durch die deutsche Wehrmacht unmittelbar verübten bzw. mittelbar verantworteten Verbrechen.

Zwei Ausstellungen des Hamburger Instituts für Sozialforschung hatten in den vergangenen zehn Jahren die Rolle der Wehrmacht im Vernichtungskrieg zwischen 1941 und 1944 thematisiert. Während damit einer breiteren deutschen Öffentlichkeit die umfangreiche Beteiligung der Wehrmacht an der Ermordung von Zivilisten und Kriegsgefangenen in Ost- und Südosteuropa erstmals bekannt wurde, erweckten beide Ausstellungen den Eindruck, die Wehrmacht habe sich erst ab 1941 an Massenverbrechen beteiligt.

Polnische Historiker wiesen frühzeitig darauf hin, dass die Wehrmacht bereits während der deutschen Militärverwaltung in Polen im September und Oktober 1939 umfangreiche Erschießungen jenseits der Kampfhandlungen durchgeführt hat. Im Oktober 2000 initiierte das DHI Warschau daher ein Forschungsprojekt, in dessen Rahmen Wehrmachtsübergriffe aus dem Jahr 1939 einer eingehenden Untersuchung unterzogen werden sollten. Die Projektarbeiten bestätigten im Wesentlichen die Ergebnisse, die die polnische Nachkriegsforschung durch die umfangreiche Auswertung von Augenzeugenaussagen geliefert hatte, durch einen Abgleich mit offiziellen und privaten Aufzeichnungen aus den Reihen des deutschen Invasionsheeres von 1939.

Antislawische und antisemitische Vorurteile vermischten sich in den Köpfen deutscher Soldaten zusammen mit den Eindrücken des Vormarsches und der ungewohnten Situation des ersten Einsatzes zu einer gefähr-

lichen Mixtur. In den ersten Wochen des Zweiten Weltkrieges ermordeten sie tausende polnische Zivilisten, die sie der Partisanentätigkeit verdächtigten. Dabei bildeten sich die ersten polnischen Partisaneneinheiten erst nach Abschluss des Polenkrieges 1939 aus versprengten Teilen des polnischen Heeres. Polnische Kriegsgefangene wurden direkt im Anschluss an ihre Gefangennahme aus Rache für eigene Verluste oder wegen angeblicher hinterhältiger Kampfweise erschossen. Überall im Land wurden polnische Juden durch deutsche Soldaten gedemütigt, misshandelt und zu Zwangsarbeit genötigt. Tausende Juden wurden in ihren Heimatorten ermordet oder durch Wehrmacht- und Polizeieinheiten aus dem deutsch besetzten Teil Polens in das sowjetisch besetzte Gebiet vertrieben. Die Bombardements der deutschen Luftwaffe auf hunderte unverteidigte polnische Städte forderten weit über zehntausend zivile Opfer.

Die Projektergebnisse werden unter dem Titel „Auftakt zum Vernichtungskrieg. Die Wehrmacht in Polen 1939“ im Herbst 2005 als Taschenbuch in der Reihe „Die Zeit des Nationalsozialismus“ des Frankfurter Fischerverlags veröffentlicht. Am 1. September 2004 wurde des Weiteren die polnischsprachige Version der Ausstellung „’Größte Härte...’ Verbrechen der Wehrmacht in Polen September–Oktober 1939“ im Warschauer Königsschloss mit Grußworten des polnischen Außenministers Włodzimierz Cimoszewicz, des Warschauer Stadtpräsidenten Lech Kaczyński sowie des polnischen Historikers und Außenministers a. D. Władysław Bartoszewski feierlich eröffnet. Von Januar bis März 2005 wurde die Ausstellung in Zusammenarbeit mit dem Hamburger Designer Stephan Roters konzeptionell, inhaltlich und graphisch vollständig überarbeitet. Zur Eröffnung der deutschsprachigen Version am 7. April 2005 in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand sprach u.a. der polnische Botschafter, Dr. Andrzej Byrt, ein Grußwort. Die Ausstellung wird voraussichtlich bis mindestens Ende 2006 in deutschen Städten zu sehen sein. Ein deutschsprachiger Katalog zur Ausstellung erscheint im Sommer 2005.

Drittmittelprojekte

Die Aufzeichnungen des Martin Gruneweg

Bei dem inzwischen fast fertig gestellten Editionstext handelt es sich um eine Familiengeschichte (Insert Lubbesche Chronik aus dem 15. Jahrhundert), um Memoiren aus Grunewegs Kinder- und Schulzeit in Danzig, um eine Ausarbeitung seines kalendarischen Geschäftsbuchs als Schreiber bei armenischen Händlern (Handelsreisen nach Konstantinopel und Moskau), um eine Chronik des Klosterlebens als Dominikanermönch in Polen-Litauen (Pilgerreise nach Rom) und eine Kompilation theologischer und antiker Zitate. Die unter mehreren Aspekten interessante, 2 000 Seiten zählende Handschrift aus dem Ende des 16. Jahrhunderts wird in den nächsten Jahren in der Institutsreihe „Quellen und Studien“ erscheinen. Das Projekt wird gefördert von der Gerda Henkel Stiftung, Düsseldorf.

Sowjetische Besatzungszone/Deutsche Demokratische Republik – Republik Polen/Volksrepublik Polen 1945/1949–1990

(Unterprojekte gefördert von der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit, Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur, der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien)

Ziel des Projektes ist eine mehrbändige Quellenedition zu den Beziehungen zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen 1949–1990 einschließlich der ersten Periode der Beziehungen zwischen der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und Polen (1945–1949). Um ein innovatives Projekt handelt es sich insofern, als die gegenseitigen Beziehungen, die die Bereiche Politik, Wirtschaft und Kultur auf den verschiedenen Ebenen der gesellschaftlichen Wirklichkeit widerspiegeln, sehr breit aufgefasst und dargestellt werden. Thematisch umfasst die Edition folgende Fragestellungen: politische und diplomatische Beziehungen, Militär, Wirtschaftsgeschichte, darunter der graue oder gar schwarze Bereich (z.B. Schmuggel), Beschäftigungspolitik (u.a. polnische Vertragsarbeiter in der DDR), die Zusammenarbeit zwischen Regionen und Städten sowie grenzübergreifende Kontakte. Im Zentrum des Interesses befinden sich ebenfalls Fragen der Migration, Kultur und Wissenschaft, Touristik, der Austausch zwischen Organisationen (z.B. der Jugend) sowie Kontakte zwischen den Kirchen, der vom Staat

unabhängigen gesellschaftlichen Gruppen und der Opposition. Die Ergebnisse der Quellenedition sollen multidimensional Facetten der Alltagsbegegnungen widerspiegeln sowie in chronologischer Reihenfolge und in mikro- und makrohistorischer Perspektive die inszenierten und spontanen Elemente darstellen, die die „erfundene und verordnete Freundschaft“ zwischen der Volksrepublik Polen und der DDR ausmachten.

Der erste – auf Polnisch erscheinende – Band umfasst den Zeitraum vom Mai 1945 bis zum Oktober 1949 und enthält Dokumente aus Polen. Die Veröffentlichung ist für Anfang 2006 vorgesehen. Für die zweite Jahreshälfte 2006, anlässlich der 50. Wiederkehr des Juni-Aufstandes von 1956 und der politischen Krise des „polnischen Oktober“, soll der Band für die Jahre 1956–1957, der polnische und ostdeutsche Dokumente enthält, veröffentlicht werden. Die weiteren Bände werden folgende Zeiträume behandeln: 1949–1956, 1957–1971, 1972–1980, 1980–1990. Publiziert werden vor allem Archivadokumente, in geringerem Umfang auch Presse- und ikonographisches Material. Bisher publizierte Quellen und wichtige zwischenstaatliche Verträge werden auf einer CD-ROM der Buchausgabe beigelegt.

Die Dokumentenrecherche wird in vielen zentralen und lokalen Archiven in ganz Polen durchgeführt: im Archiv der Neuen Akten in Warschau, im Archiv des Polnischen Außenministeriums in Warschau, im Archiv des Ministeriums für Innere Angelegenheiten und Verwaltung in Warschau, im Zentralen Militärarchiv, im Institut des Nationalen Gedenkens, in den Staatsarchiven u.a. in Breslau, Stettin, Hirschberg, Grünberg, Posen und auch in kirchlichen Sammlungen, in den Archiven des Radios und Fernsehens sowie der Gewerkschaften. Einbezogen werden auch archivalische Nachlässe von Schriftstellern und Intellektuellen. Die Recherche nach Quellen in Deutschland soll in nicht allzu ferner Zukunft beginnen.

Die Edition erscheint auf Polnisch und auf Deutsch. Unterprojekte werden durch die Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit, die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (Berlin), die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien sowie das Gesamtprojekt durch das Deutsche Historische Institut Warschau gefördert.

Małgorzata Mazurek

Mitwirkende am Projekt:

Dr. habil. Jerzy Kochanowski (Warschau)

Dr. Andrzej Krajewski (Breslau)

Małgorzata Mazurek, M.A. (Warschau)

Dr. des. Robert Żurek (Berlin)

GESCHICHTSWISSENSCHAFT IN POLEN: FORSCHUNGEN UND INSTITUTIONEN

Bernadetta Groniek (Warszawa)

Der Archivbestand des Instituts des Nationalen Gedenkens

Der Aktenbestand des Instituts belief sich am 31. Mai 2005 auf 81 805,82 lfd. m, wobei 28 824,17 lfd. m auf die Zentrale, d.h. das Büro für Aushändigung und Archivierung von Dokumenten (poln. Abkürzung BUiAD) entfielen, was 35,23% des gesamten Bestands ausmacht. In den neun Zweigstellen des Büros für Aktenzugang, Aushändigung und Archivierung von Dokumenten (poln. Abkürzung OBUiAD) wurden 52 981,65 lfd. m Akten aufbewahrt (die Warschauer Zweigstelle besitzt kein eigenes Archivalienlager).

Außerhalb von Warschau befinden sich die größten Aktensammlungen in den OBUiAD in Kattowitz, Breslau und Danzig (7 200 – 11 300 lfd. m), die kleinsten hingegen in Rzeszów, Lublin und Białystok (ca. 2 600–3 300 lfd. m). Die restlichen Bestände in den OBUiAD in Lodz, Posen und Krakau belaufen sich auf 3 .900–6 900 lfd. m.

Die nachstehende Tabelle veranschaulicht die Menge an Archivunterlagen (Angaben in lfd. m), die von der Archivabteilung des Instituts des Nationalen Gedenkens gesammelt wurden.

IPN-KŚZpNP	Insgesamt	darunter von folgenden Stellen übernommene Akten			
		UOP ABW (UB und SB)	Polizei (MO bis 1954 und SB)	Passakten	Justiz- voll- zug
BUiAD mit Delegatur in Radom	28 824,17	6 949	757,34	6 869,11	24,47
OBUiAD in Białystok mit Delegatur in Allenstein	3 299,14	532,13	228,84	1 944,45	125,86
OBUiAD in Danzig mit Delegatur in Bromberg	7 199,52	1 221,02	451,03	4 195,5	66,85
OBUiAD in Kattowitz	11 298,69	1 325	381,88	9 040,2	20,6

OBUiAD in Krakau mit Delegatur in Kielce	6 909,69	753,96	437,28	5 103,9	25,6
OBUiAD in Lublin	2 615	462	271,50	1 306	12
OBUiAD in Lodz	3 951,02	369,3	330,18	2 855,57	3,7
OBUiAD in Posen	6 578,74	992,26	399,72	4 496,6	44,72
OBUiAD in Rzeszów	2 595,48	332	136,50	1 913,35	23,25
OBUiAD in Breslau	8 534,37	1 528,3	414,09	5 688,93	39,45
Insgesamt	81 805,82	14 464,97	3 808,36	43 413,6	386,5

Statistische Angaben lt. Stand vom 31. Mai 2005

Abkürzungen:

ABW: Agencja Bezpieczeństwa Wewnętrznego (Amt für Innere Sicherheit)

DOKP: Dyrekcja Okręgowych Kolei Państwowych (Bezirksdirektion der Polnischen Staatsbahnen)

PKWN: Polski Komitet Wyzwolenia Narodowego (Polnisches Komitee für nationale Befreiung)

MO: Milicja Obywatelska (Volksmiliz)

PKP: Polskie Koleje Państwowe (Polnische Staatsbahnen)

SB: Służba Bezpieczeństwa (Sicherheitsdienst)

UB: Urząd Bezpieczeństwa (Amt für Staatssicherheit)

UOP: Urząd Ochrony Państwa (Amt für Staatsschutz)

Den Grundstock des fast 82 km zählenden Archivbestands bilden Dokumente, die von den nachstehend genannten Sicherheitsorganen in den Jahren 1944–1989 erstellt wurden, darunter:

- Abteilung für Öffentliche Sicherheit des PKWN
- Ministerium für Öffentliche Sicherheit
- Sicherheitsbehörden auf Wojewodschafts- und Kreisebene
- Ministerium für Innere Angelegenheiten und Einheiten der Staatssicherheit
- Nachrichtendienst der Grenzstreitkräfte
- Informationsdienst der polnischen Streitkräfte
- Hauptverwaltung des Informationsdienstes der polnischen Streitkräfte
- Militärischer Innendienst
- Verwaltung des II. Generalstabs der Polnischen Streitkräfte.

Der Archivbestand des Instituts des Nationalen Gedenkens (IPN) umfasst auch Dokumente, die in den Archiven der ehemaligen Hauptkommission für die Untersuchung von Verbrechen gegen das Polnische Volk aufbewahrt wurden, sowie Akten von Personen, die aus politischen Gründen, wegen ihres Einsatzes für ein unabhängiges polnisches Staatswesen, Repressalien ausgesetzt waren und deren Akten bisher in den Archiven der

ordentlichen und der Militärgerichtsbarkeit und der entsprechenden Staatsanwaltschaften sowie teilweise in Staatsarchiven lagerten.

Im Büro für Aktenzugang und archivarische Erschließung von Dokumenten in Warschau befinden sich auch Fotokopien von Archivunterlagen, die aus Staatsarchiven und Archiven der Geheimdienste der Ukraine, Belarus', Russlands und Litauens erworben werden konnten. Diese Dokumente, deren Urheber Einheiten des NKWD sowie der Partei- und Staatsapparat der ehemaligen UdSSR waren, betreffen Polen und polnische Staatsbürger, die sich nach dem 17. September 1939 in den von der Sowjetunion besetzten Gebieten aufhielten. Das Archivmaterial umfasst u.a. Befehle, Meldungen und Berichte, die von NKWD-Organen verfasst wurden, Ermittlungsakten verhafteter Mitglieder des ZWZ-AK (Bewaffneter Kampfverband der Heimatarmee), und anderer Untergrundorganisationen aus den Jahren 1939–1945.

Den Grundbestand des IPN-Archivs bilden Akten, die binnen eines Zeitraums von 50 Jahren von der ehemaligen Hauptkommission für die Untersuchung von Verbrechen gegen das polnische Volk und deren Bezirkskommissionen zusammengetragen worden waren. Die Dokumente, die das IPN von dieser Institution übernommen hat, haben nationalsozialistische und kommunistische Verbrechen zum Gegenstand, die an Polen und polnischen Bürgern, hauptsächlich in den Jahren 1939–1956, begangen wurden. Dieser Aktenbestand enthält u.a. Dokumente, deren Verfasser nationalsozialistische Behörden, NS-Formationen und NS-Organisationen wie z.B. die Regierung des Generalgouvernements, die Distriktämter Galizien, Krakau, Lublin, Radom und Warschau, einige Landratsämter sowie SS-Behörden und die Polizei waren. Hierzu zählen Akten der Gestapo in Ciechanów und Lodz sowie Akten aus der Zeit nach dem 22. Juli 1944, die von Institutionen stammen, die zur Verfolgung von NS-Verbrechern gebildet wurden. Zu diesem Bestand gehören auch Lager- und Gefängnisakten, die Hinterlassenschaft von NS-Führern und Beamten, so u.a. das Tagebuch von Hans Frank, sowie Akten des Internationalen Militärgerichtshofs in Nürnberg. Der Bericht von Jürgen Stroop, der für den Abtransport der Juden nach Treblinka und die Liquidierung des Warschauer Ghettos verantwortlich war, sowie der Bericht von Friedrich Katzmann über die Ermordung der Juden im Distrikt Galizien stellen Quellen von unschätzbarem Wert dar. Auch die Umfragen über Orte und Fakten im Zusammenhang mit NS-Verbrechen, die aus der Zeit Ende der sechziger Jahre und Anfang der siebziger Jahre stammen, stellen interessantes Material dar und werden in jedem OBUiAD aufbewahrt.

Eine gesonderte Gruppe bildet das aus Gerichtsurteilen bestehende Archivmaterial. Diese Urteile wurden aufgrund eines Dekrets des PKWN

vom 31.08.1944 über das Strafmaß für faschistisch-nationalsozialistische Verbrecher, die sich Verbrechen und Misshandlungen an der Zivilbevölkerung und an Kriegsgefangenen haben zuschulden kommen lassen, sowie für Verräter am polnischen Volk erlassen. Zu dieser Gruppe zählen auch Ermittlungsakten in Sachen NS- und stalinistischer Verbrechen. Beachtung verdienen die Prozessakten über NS-Verbrechen, die im BUiAD aufbewahrt werden, so u.a. aus dem Prozess gegen Otto Paul Geibel, den SS- und Polizeioberbefehlshaber von Warschau, der für die Zerstörung der Stadt nach der Niederschlagung des Warschauer Aufstands verantwortlich war.

Den Aktenbestand ergänzen Sammlungen mit Fotos (allein die Hauptkommission besitzt ca. 70 000 Fotos), Mikrofilmen, Fotokopien, Landkarten und Stadtplänen, Bekanntmachungen und Plakaten.

Es ist jedoch hervorzuheben, dass der Grundstock des Insitutsarchivs aus Dokumenten der ehemaligen Staatssicherheitsorgane besteht, die von den heute tätigen Archiven der Agentur für Innere Sicherheit, der Geheimdienstagentur, den Militärischen Nachrichtendiensten und den Polizeiarchiven (ohne Passakten) übernommen wurden. Insgesamt zählen diese Akten 19 205,48 lfd. m; davon entstammen 932,15 lfd. m den Archiven der WSI. Zu erwähnen ist gleichfalls, dass die Archive der WSI ihre Unterlagen ausschließlich dem BUiAD überlassen haben.

Eine gesonderte Aktengruppe der Sicherheitsorgane bildet die Passakten-sammlung. Insgesamt wurden mehr als 43 413 lfd. m solcher Akten dem IPN ausgehändigt, was mehr als 53% seines Aktenbestands ausmacht. Davon wurden 6 869 lfd. m vom BUiAD, der Rest (36 544 lfd. m) von neun OBUiAD übernommen. In sechs OBUiAD machen die Passdokumente über 70% ihres gesamten Bestands aus.

Bei der Beschreibung des Archivbestands des Instituts des Nationalen Gedenkens ist ein besonderes Augenmerk auf die schon erwähnten Akten, die von den Geheim-, zivilen und militärischen Diensten in den Jahren 1944–1990 verfasst wurden, insbesondere aber auf die Unterlagen von UB und SB zu lenken, denn diese erfreuen sich des größten Forscherinteresses. Die Dokumente wurden in ein paar Kategorien nach römischen Zahlen, die in alten Signaturen auftreten, aufgeteilt:

- a) I.– Personeninformationsquellen – Personalakten und Akten von geheimen Mitarbeitern (früher Agenten oder Informanten genannt)
- b) II. – operative „Bearbeitungen“, die u.a. operative d.h. verdeckte Überprüfungen (SOS genannt) und operative, d.h. verdeckte „Bearbeitungen“ (SOR genannt) enthalten.

- c) III. – Akten aus Vorverfahren, die u.a. Kontroll- und Ermittlungsakten in Sachen gegen den Staat gerichteter Tätigkeit, Spionagetätigkeit sowie Sabotage- und subversiver Tätigkeit enthalten.
- d) IV. – Objekt- und problembezogene Angelegenheiten betr. die Institutionen und Organisationen, die u.a. die Volksrepublik Polen im Ausland bekämpften (ideologisch-politische Subversionszentren wie z.B. Radio Free Europe), betr. Personen, die im Inland „feindliche Tätigkeiten“ durchführten, Institutionen und Betriebe, die der Gefahr der Spionage ausgesetzt waren oder aus anderen Gründen einen operativen Schutz vor feindlicher Tätigkeit erforderten, so z.B. Hochschulen und Reisebüros, sowie solche, die operative Maßnahmen zum Schutze von politischen Aktionen oder Veranstaltungen, die von staatlichen Behörden organisiert wurden, zu dokumentieren hatten.

Der Großteil der Dokumentation besteht aus Personalakten ehemaliger Beamter der Miliz (bis zum Jahre 1954) sowie der Sicherheitsbehörden UB und SB (Register V und VI). Einige der Personalakten enthalten Dokumente über Disziplinarverfahren.

Eine weitere Archivaliengruppe besteht aus Verwaltungsakten, darunter auch normativen Akten betr. die Staatssicherheitsorgane (Verordnungen, Beschlüsse, Anordnungen, Entscheidungen, Befehle, Rundschreiben, Personalanordnungen usw.). Interessantes Archivmaterial stellen gleichfalls die sog. Faktologien, auch Charakteristiken genannt, dar. Dies sind historische Bearbeitungen, die vom SB angefertigt wurden und verschiedene Gruppierungen und Organisationen betreffen, darunter auch Unabhängigkeitsorganisationen, die das kommunistische Regime bekämpften. Unter den Verwaltungsunterlagen ist besonders hinzuweisen auf die Berichte über verdeckte Ermittlungen, Analysen über von verschiedenen Abteilungen durchgeführte Maßnahmen, die von den Departements des Ministeriums für Öffentliche Sicherheit, des Ministeriums für Innere Angelegenheiten, deren Außenstellen, Unterabteilungen und Referaten erstellt wurden, Protokolle von Landeseinsatzbesprechungen der Leitung von SB und UB, die Tagesberichte des Ministerialbüros des Innenministers, die Berichte der Wojewodschaftschefs der Sicherheitsbehörden, später der Wojewodschaftskommandanten der Miliz und ihrer Vertreter, die für Fragen des Sicherheitsdienstes zuständig waren, oder die analogen Berichte der Leiter der Ämter für Innere Angelegenheiten, die ab September 1983 tätig waren. Besondere Beachtung verdient im Rahmen dieser Archivaliengruppe eine Aktensammlung, die im Verzeichnis unter der Bezeichnung „Klerus“ geführt wird und vom BUiAD übernommen wurde. Es handelt sich um Unterlagen des IV. Departements des Innenministeriums und der IV. Abteilungen der Außenstellen des Ressorts für Innere Angelegenheiten

oder ihrer Vorgänger, deren Aufgabe es war, die römisch-katholische Kirche sowie andere Kirchen und Glaubensgemeinschaften zu überwachen.

Zu erwähnen sind auch Akten aus der Zeit, als sich Soldaten der polnischen Heimatarmee (AK) oder der Bauernbataillone stellten, sowie bezüglich der Repatriierung und der Emigration. Interessant sind auch die Unterlagen, die im Zusammenhang mit gesellschaftlich-politischen Änderungen erstellt wurden und Ereignisse zum Inhalt haben wie den Posener Juni 1956, den März 1968, die Ereignisse an der Ostsee im Dezember 1970, diejenigen in Radom, Ursus und Płock im Jahre 1976 sowie diejenigen im Zusammenhang mit der Gründung der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarność“ und dem Kriegszustand sowie der Bekämpfung der demokratischen Opposition. Von Interesse sind ebenfalls die Dokumente über die Zuerkennung der polnischen Staatsbürgerschaft.

Bei der Besprechung von Akten des Ressorts für Öffentliche Sicherheit und Innere Angelegenheiten können die Unterlagen des Korps für Innere Sicherheit aus den Jahren 1945 bis 1965, besonders aber die Informationen, Meldungen und Tagebücher, nicht außer Acht gelassen werden, die die Kampfmaßnahmen der eigenen Einheiten dokumentieren. Das letztgenannte Archivmaterial ist besonders wichtig für den Zeitraum der Kämpfe des Sicherheitsapparates mit den Unabhängigkeitsbewegungen im Untergrund.

Grundlegende Registerangaben im Rahmen der von den Staatlichen Sicherheitsorganen angesammelten Dokumentation enthält die Kartei Allgemeiner Informationen (KOI), die auch Operative Kartei des Sicherheitsdienstes genannt wird. Sie entstand im Jahre 1944, als das Ressort für Öffentlichen Sicherheit gegründet wurde. Die Kartei wurde bis zum Ende des Bestehens des Sicherheitsdienstes geführt. Es ist zu unterstreichen, dass die Zentrale Kartei Allgemeiner Informationen neben Einheiten der SB auch für Einheiten von WOP (Grenzgebietsschutztruppen), von WSW des Ministeriums für Innere Angelegenheiten, WSW des Ministeriums für Nationale Verteidigung (also des Militärischen Abschirmdienstes) sowie für die Verwaltung des II. Generalstabs der Polnischen Streitkräfte (Militärgeheimdienst) Register führte.

Zum Jahreswechsel 1989/1990 wurden der KOI-Kartei viele Karteikarten entnommen. Heute kann man schwerlich beurteilen, wie viele Karten in den Zentralen und den einzelnen WUSW (Wojewodschaftsämtern für Innere Angelegenheiten) vernichtet wurden. Ein Teil der Karteikarten, die zur Vernichtung bestimmt waren, konnte nach 1990 in Säcken aufgefunden werden, sie bilden jetzt die sog. „Wiederhergestellte Kartei“, die einen integralen Bestandteil der Informationskartei bildet. Heutzutage schätzt man, dass die vom IPN von den Behörden UOP/ABWE KOI übernommene Kartei Allgemeiner Informationen mehr als 6 Millionen Karteikarten zählt.

Im Bestand des IPN können noch weitere Archivaliengruppen unterschieden werden:

- 1) Akten von Justizvollzugsorganen (1939–1989), darunter Akten der Schutzabteilung der Zentralverwaltung der Justizvollzugsanstalten und der ihr unterstellten Einrichtungen sowie Justizvollzugsanstalten, U-Haftanstalten und Internierungslager. Es ist zu beachten, dass die Archivunterlagen nicht vollständig sind. Zu den interessantesten Archivalien gehören die sog. Gefängnisbücher (Häftlingsregister) aus den vierziger und fünfziger Jahren (bis 1956) und Strafvollzugsakten von Personen, die aus politischen Gründen verfolgt wurden, darunter auch von Personen, die während des Kriegszustands interniert waren.
- 2) Akten der ordentlichen und der Militärgerichte, darunter der sog. Militärarrayongerichte (WSR), der Militärgarnisons- und Bezirksgerichte, Akten der ordentlichen und Militär-Staatsanwaltschaften, darunter der Militärarrayon-Staatsanwaltschaften.

Zu dieser Archivaliengruppe gehören auch Prozessakten von Personen, die aus politischen Gründen verfolgt wurden, die das IPN direkt von den Gerichtsarchiven und ordentlichen und Militärstaatsanwaltschaften erhalten hat. Dabei herrschen Akten aus den vierziger und fünfziger sowie den siebziger und achtziger Jahren vor. Es sei jedoch hinzugefügt, dass ein Teil des Materials aus den vierziger und den fünfziger Jahren von der Hauptkommission für die Untersuchung von Verbrechen gegen das polnische Volk und ihren Bezirkskommissionen noch vor Gründung des IPN übernommen worden war. Die Akten aus den achtziger Jahren betreffen Strafsachen, die die Verletzung von Rechtsvorschriften während des Kriegszustands zum Gegenstand hatten (z.B. Verbreitung von illegalen Veröffentlichungen). Die Akten, die die Gerichte und Staatsanwaltschaften dem IPN direkt ausgehändigt haben, belaufen sich auf über 2 017 lfd. m.

Beachtung verdienen gleichfalls die Akten der Militärgerichte und -staatsanwaltschaften, die von den folgenden Militärarchiven überlassen wurden: Zentrales Militärarchiv, Archiv der Institutionen des Ministeriums für Nationale Verteidigung, Archiv der Flugstreitkräfte und der Luftverteidigung, Archiv der Kriegsmarine, Archiv der Landstreitkräfte in Warschau und seinen Zweigstellen in Thorn, Krakau und Breslau.

Nach Maßgabe des Gesetzes über das IPN hat das BUiAD Dokumente von folgenden Einrichtungen übernommen: Zentrales Militärarchiv – 935 lfd. m, Archiv der Institutionen des Ministerium für Nationale Verteidigung – 14 lfd. m, Archiv der Flugstreitkräfte und der Luftverteidigung in Modlin ca. 7 lfd. m, Archiv der Landstreitkräfte in

Warschau – ca. 603 lfd. m. Akten des letztgenannten Archivs und seiner Zweigstellen wurden auch von den OBUiAD übernommen. Die Menge schwankte von einigen Dutzend bis hin zu mehreren Hundert lfd. m. Die größte Menge entfiel auf Białystok, Lublin, Krakau, Breslau, Danzig (in der Delegatur in Bromberg). Überdies hat das OBUiAD in Danzig Dokumente aus dem Archiv der Kriegsmarine in Wejherowo übernommen.

Die Staatsarchive stellten Archivunterlagen von mehreren Dutzend Zentimetern bis hin zu mehreren Dutzend lfd. m zur Verfügung (Akten von Militärgerichten und sog. Rayonstaatsanwaltschaften sowie der Militärgerichte der PKP (Polnische Staatsbahn) und der Militärstaatsanwaltschaften der DOKP (Bezirksdirektion der Polnischen Staatsbahn). Die meisten Akten, fast 143 lfd. m, erhielt das BUiAD vom Staatsarchiv der Stadt Warschau. Insgesamt haben die Staatsarchive fast 500 lfd. m Akten überlassen.

- 3) Andere Akten, die die gesetzlichen Aufgaben des IPN betreffen und von verschiedenen Einrichtungen und auch von Privatpersonen in Form von Schenkungen überreicht wurden. Dies sind vor allem Erinnerungen und Berichte über die Zeit des Zweiten Weltkriegs und die Repressalien der Stalinzeit.

Im IPN-Archiv dominiert die Aktendokumentation. Akten, die in Form von Mikrofilmen übernommen wurden, bilden einen geringen Anteil des Bestands. Die kleinste Sammlung besteht aus audiovisuellen Dokumentationen – Schulungsfilmen und operativen Filmen, die dokumentieren, wie Personen und verschiedene Ereignisse beobachtet wurden. Im IPN ist es das BUiAD in Warschau, das die größte Filmsammlung besitzt. Es sind vor allem Materialien, die vom Biuro Ewidencji (Registerbüro) und dem Archiv der ABW und den Archiven von Einheiten der Militärischen Informationsdienste übernommen wurden. Es sei betont, dass das Filmmaterial nicht vollständig ist und es sich heutzutage nicht feststellen lässt, welcher prozentuale Anteil der Unterlagen erhalten geblieben ist. Besondere Beachtung verdienen die Filme des Ministeriums für Innere Angelegenheiten, die die operative Tätigkeit der SB gegen die Oppositionskreise in den Jahren 1966–1980 oder auch andere Ereignisse zum Thema haben, so u.a. die Märzereignisse im Jahre 1968, die Selbstverbrennung von Ryszard Siwiec, die Observierung bekannter Oppositioneller wie z.B. Jacek Kuroń, Leszek Kołakowski, Władysław Siła-Nowicki, Jan Olszewski, die Beobachtung von Treffen der Aktivisten des Komitees zur Verteidigung der Arbeiter „KOR“, der Bewegung zur Verteidigung der Menschen- und Bürgerrechte „ROPCiO“ und der „Solidarność“ oder aber Filme von Feiern von Einrichtungen, so z.B. Filmmaterial über eine Ausstellung zum dreißigjährigen

Bestehen der Miliz und der SB. In den Beständen der OBUiAD sind Filme eine Rarität (in den OBUiAD in Danzig, Lublin und Lodz gibt es derartige Archivalien überhaupt nicht). Bemerkenswert sind die Filme des OBUiAD in Rzeszów, so u.a. der Film mit dem Titel „Rzeszów – die Ereignisse vom 31. August 1982“, und des OBUiAD in Kattowitz über religiöse Veranstaltungen in Tschenstochau und Piekary Śląskie in den sechziger Jahren.

Die Fotos, die aus den Archiven der ABW stammen, sind erst teilweise geordnet, systematisiert und in Fotoalben oder thematischen Sammlungen zusammengestellt worden. Zumeist werden sie zerstreut, zusammen mit dem Aktenmaterial (als Beweismaterial) aufbewahrt. Ihre Zahl kann in die Hundertstausende gehen.

Der Archivbestand des IPN bildet ein außergewöhnliches Quellenmaterial, das reichhaltige Information enthält. Ohne seine Berücksichtigung ist es weder möglich, wissenschaftliche Forschungen über die Geschichte des Sicherheitsapparats noch über die neueste Geschichte Polens in den Jahren 1939–1989 zu betreiben, da die Akten der Staatlichen Sicherheitsorgane, ähnlich wie die Akten, die vom Apparat der PZPR (PVAP) verfasst wurden, auf viele Fragen des gesellschaftlich-politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens Bezug nehmen.

Adressen der Archive

Adressen und Öffnungszeiten der einzelnen Büros für Aushändigung und Archivierung von Dokumenten des Instituts des Nationalen Gedenkens sind im Internet, unter der Adresse: <http://www.ipn.gov.pl> zu finden.